

Digitalisierungsbericht

#1



NOW FOR TO MOR ROW

Digitalisierung für
Wachstum und
Zukunftssicherung



NOW for tomorrow



„Unsere Maßnahmen bilden ein starkes Fundament für unser wirtschaftliches Comeback. Ihre gemeinsame Umsetzung soll Österreich wieder ganz nach vorne bringen.“

Das „Corona-Jahr“ 2020 hat uns die schwerste wirtschaftliche Rezession seit Jahrzehnten gebracht und für Österreich wichtige Branchen massiv getroffen. Neben den im internationalen Vergleich stark ausgebauten Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für betroffene Betriebe war und ist auch die digitale Transformation eine entscheidende Hilfe für viele Betriebe, um die Krise besser bewältigen und wieder voll durchstarten zu können.

Jetzt geht es darum, den Digitalisierungsschub, den unser Standort in sehr kurzer Zeit erlebt hat, strategisch weiterzuentwickeln und für ein erfolgreiches Comeback der österreichischen Wirtschaft zu nützen.

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) nimmt bei der digitalen Transformation eine zentrale Umsetzerrolle ein. Wir stellen mit unseren Initiativen und Projekten heute die richtigen Weichen für eine erfolgreiche Zukunft.

Unsere Umsetzungsaktivitäten beruhen auf einer fundierten und gleichzeitig agilen Basis: Der Digitale Aktionsplan Austria wird in enger Kooperation mit Fachleuten und Stakeholdern entwickelt und sukzessive ausgestaltet.

Nicht zuletzt durch das „Corona-Jahr“ 2020 ist der breiten Öffentlichkeit klar: Digitalisierung ist unverzichtbarer Treiber für Wachstum und Zukunftssicherung. Digitale Transformation bringt nicht nur neues Wachstum und Arbeitsplätze, sondern reduziert Bürokratie und macht für Unternehmen und Menschen vieles einfacher. Unsere Maßnahmen bilden ein starkes Fundament für unser wirtschaftliches Comeback. Ihre gemeinsame Umsetzung soll Österreich wieder ganz nach vorne bringen.

Der erste österreichische Digitalisierungsbericht zeigt in diesem Sinn beispielhaft, welche Bedeutung erfolgreiche digitale Transformation für Wirtschaft und Arbeit in Österreich hat, wo wir dabei im internationalen Vergleich stehen und welche konkreten Digitalisierungsprojekte in den Bundesministerien aktuell umgesetzt werden. Erfolgreiche Digitalisierung ist kein Selbstläufer. Sie braucht gerade jetzt unseren gemeinsamen Einsatz, damit Wachstum, Wertschöpfung und Zukunft ein starkes Comeback für uns alle sichern können.

Dr.ⁱⁿ Margarete Schramböck
Bundesministerin
für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort



Digitalisierung für die Zukunft nutzen



„Klimaschutz und Digitalisierung sind die Zutaten für eine widerstandsfähige und innovative Zukunft für unseren Wirtschaftsstandort.“

Das Jahr 2020 war geprägt durch die größte Gesundheits- und Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte. COVID-19 und seine Auswirkungen auf unser aller Leben haben vieles andere in den Hintergrund treten lassen. Dabei dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass die mittelfristig wohl größten Herausforderungen – die Klima- und Biodiversitätskrise – auch während der Coronakrise keine Pause gemacht haben. So war 2020 das wärmste Jahr in Europa seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Zeit drängt also!

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zu stemmen, hat die österreichische Bundesregierung umfassende Wirtschaftshilfen zu Verfügung gestellt.

Dabei war von Anfang an klar: Im Zentrum der Krisenbewältigung muss die Gestaltung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Zukunft stehen. Im Sinne der „Twin Transition“, wie sie auch die Europäische Union verfolgt, müssen der Klimaschutz und die Digitalisierung bei der notwendigen Konjunkturbelebung eine zentrale Rolle spielen und Hand in Hand gehen. Es ist essenziell, jetzt die Weichen dafür zu stellen, Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft resilienter für die Krisen der Zukunft zu machen. Die richtigen Investitionen jetzt sichern Österreichs Position als attraktiver Wirtschaftsstandort und die grünen, zukunftsfähigen Arbeitsplätze von morgen.

Wir müssen die Chancen und Möglichkeiten, die uns die Digitalisierung eröffnet, für die Zukunft nutzen – für die Energiewende, die Mobilitätswende, den Schutz unserer Natur, den Ausbau der Kreislaufwirtschaft.

Im breiten Zuständigkeitsfeld des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation & Technologie (BMK) eröffnet die Digitalisierung als Querschnittsmaterie genau hier die Möglichkeit der Erprobung und des Einsatzes von digitalen Technologien in den unterschiedlichsten Anwendungsfeldern – von klimaschonendem Gütertransport bis hin zur Nutzung von künstlicher Intelligenz zum Schutz der Biodiversität. Dieses Zusammenspiel aus Klimaschutz, Digitalisierung und Innovation stärkt unsere Industrie, unsere Unternehmen, unsere Arbeitsplätze und somit die Zukunft des Standortes.

Ich bin überzeugt: Um Österreich bis 2040 klimaneutral, sauberer und lebenswerter zu machen und entscheidende Impulse für unsere Wirtschaft zu setzen, ist das Zusammendenken von Klimaschutz und Digitalisierung essenziell. Nur so können wir zu einer Vorreiterin in Europa werden.

Leonore Gewessler, BA

Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Gemeinsam mehr bewegen

Der neue Digitalisierungsfonds und die IT-Konsolidierung des Bundes zeigen, wie sich bei der digitalen Transformation gemeinsam mehr bewegen lässt: Michael Esterl und Eva Wildfellner, beide Mitglieder des Lenkungsausschusses IT-Konsolidierung und der Taskforce Digitalisierung 2022 des Bundes, über Ziele und erwartete Effekte der beiden Initiativen.



Dipl.-Ing. Michael Esterl
Generalsekretär des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Der neue Digitalisierungsfonds ist 2021 und 2022 mit jeweils 80 Millionen Euro dotiert. Was wird damit genau unterstützt?

Esterl: Es können damit Projekte mit ressortübergreifender Wirkung finanziert werden, die entweder die IT-Konsolidierung des Bundes oder den Ausbau der Bürgerinnen- und Bürger- sowie Unternehmensservices zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung ermöglichen.

Warum besteht bei der IT-Konsolidierung des Bundes Handlungsbedarf?

Esterl: Konsolidierte Verfahren sind die Voraussetzung für qualitätsvolles und effektives Arbeiten im Bundesumfeld, sind die unabdingbare Infrastruktur für die Aufgabenerfüllung. Und in dem wir ressortübergreifend wirksame Projekte unterstützen, wird es z. B. möglich, eine Lösung für alle Ressorts zur Verfügung zu stellen. Das macht sich ja heute schon bei E-Formularen, dem ELAK im Bund oder der E-Zustellung sowie dem Unternehmensserviceportal und [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) bezahlt.

Wildfellner: Die zentrale Bereitstellung derartiger Querschnittsdienste ist für die Ressorts wichtig, weil Synergien genützt werden. Die Ressort-ITs sind ja zunehmend mit fachspezifischen Digitalisierungsprojekten ausgelastet. Am Beispiel der Pandemiebekämpfung hat sich gezeigt, dass IT-Systeme oft

„Für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und die künftige Handlungsfähigkeit des Staates ist die gemeinsame digitale Transformation erfolgsentscheidend.“

rasch aufzubauen oder zu adaptieren sind. Dabei ist es für die spezialisierte IT eines Ministeriums wichtig, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Definition und Umsetzung der Anforderungen konzentrieren und dabei eben auf eine zentrale, hochverfügbare Infrastruktur vertrauen können.

Wer entscheidet über die Projekte des Digitalisierungsfonds?

Wildfellner: Zur Beurteilung und Priorisierung gibt es die „Taskforce Digitalisierung 2022“. Ziel des Digitalisierungsfonds ist, dass nicht nur neue Standards entstehen, sondern auch die zahlreich vorhandenen Standards und Basiskomponenten sowie Shared Services berücksichtigt werden.



Mag.ª Eva Wildfellner
Generalsekretärin des Bundes-
ministerium für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport

„Eine standardisierte und effiziente IT-Landschaft im Bund ist entscheidend, um eine nachhaltige, innovative und für komplexe Aufgabenbewältigung aufgestellte Verwaltung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.“

Welche Rolle spielt die IT-Konsolidierung für Verwaltungsinnovationen?

Esterl: Sie ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Denn eine standardisierte, sichere, kundinnen- und kundenorientierte sowie effiziente IT-Landschaft im Bund ist entscheidend dafür, um eine moderne, flexible, innovative, in europäischen Benchmarks führende Verwaltung zu ermöglichen. Die IT-Konsolidierung ist keine Selbstbeschäftigung, sondern hat sehr positive Auswirkungen auf Kundinnen- und Kundenfreundlichkeit und Innovationsorientierung der Verwaltung.

Wildfellner: IT-Konsolidierung ist eine Grundvoraussetzung für die Nutzensentfaltung der Digitalisierung. Die Technologien können einen entscheidenden Beitrag zum Vorantreiben von Forschung und Innovation leisten.

Bei jeglichem Einsatz ist sicherzustellen, dass das System auf das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft ausgerichtet ist. „Leave no one behind“ muss dabei unser Motto sein. Wesentliche Elemente des Staates wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind durch den Einsatz der Technologie zu unterstützen und in ihrer Wirksamkeit zu stärken.

Die Anwendungsbereiche der Technologie sind vielfältig und bergen das Potenzial, viele Facetten der öffentlichen Verwaltung zu prägen. Sowohl verwaltungsinterne Prozesse (interne und externe Services) als auch die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern (Partizipation und Transparenz) werden durch die Digitalisierung geprägt. Ein besonderes Augenmerk liegt selbstverständlich auf der Potenzial- und Kompetenzentfaltung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dem Schlüssel zu effektivem Einsatz und Nutzung. Hier leisten wir mit zielgerichteten Ausbildungsprogrammen einen intensiven Beitrag.

Was sind die ersten konkreten Maßnahmen der IT-Konsolidierung?

Esterl: Die ersten Konsolidierungsmaßnahmen sind Projekte zur Schaffung einer bundeseinheitlichen Video-Konferenzlösung, eines einheitlichen Service Desks sowie zur einheitlichen Verwaltung von Softwarelizenzen.

Wildfellner: Parallel steht die Konsolidierung der IT-Landschaft des Bundes mit Blick auf zentral bereitgestellte und weiterentwickelte Services am Programm – von Arbeitsplatz und Netzwerk über Aktenverwaltung und Sicherheit bis zum Rechenzentrum. Für die Fachressorts ist es wichtig, von Routineaufgaben wie der Clientbetreuung oder der Serverbereitstellung befreit zu werden, um sich den ressortspezifischen Digitalisierungsaufgaben und Fachinformationssystemen widmen zu können.

Esterl: Unser gemeinsames Ziel ist, dass die im Rahmen der IT-Konsolidierung geschaffenen Services dann von den Bundesministerien im jeweiligen Wirkungsbereich zum jeweils richtigen Zeitpunkt eingeführt werden können. Im Endeffekt sollen alle Bundesministerien dieselben Standard-IT-Services nutzen, dabei aber auch ihre eigenen Fachanwendungen weiter nutzen und entwickeln können.

Gemeinsam lässt sich in Sachen Digitalisierung trotz unterschiedlicher Anforderungen mehr bewegen?

Wildfellner: Wir sind uns da vollkommen einig. Gerade die Corona-Krise hat den Stellenwert gut gemanagter Digitalisierung noch stärker sichtbar gemacht. Nicht nur für die unmittelbare Bewältigung der Krise, sondern auch für die nachhaltige Implementierung, die Gestaltung des Paradigmenwechsels und die künftige Handlungsfähigkeit des Staates ist die strategisch abgestimmte digitale Transformation erfolgsentscheidend.

Inhalt

Digitalstandort Österreich – Zahlen & Fakten	10
Digitalisierung für mehr Wachstum und Zukunftssicherung	12
Digitalisierung als politische Priorität	17
Digitaler Aktionsplan Austria: Die Strategie	20
Krisenfest lernen und arbeiten	25
Dashboard E-Government	28
<hr/>	
Bundeskanzleramt der Republik Österreich Sicher und effizient digitalisieren	36
<hr/>	
Bundesministerium für Arbeit Online zu Leistungen, Fachkräften und Jobs	38
<hr/>	
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung Zukunft digital bilden	40
<hr/>	
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Krisenmanagement ohne Grenzen	42
<hr/>	
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Mit Digitalisierung Wertschöpfung und Zukunft sichern	44
<hr/>	
Wissenschafts-Check	46
<hr/>	

Bundesministerium für Finanzen	
Die digitale Rechnung stimmt	48
<hr/>	
Bundesministerium für Inneres	
Sicher digital	50
<hr/>	
Bundesministerium für Justiz	
Einfach zum Recht	52
<hr/>	
Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport	
Digitales Vorbild Bund	54
<hr/>	
Österreich als digitale Marke	56
<hr/>	
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	
Innovative Wege in die Zukunft	58
<hr/>	
Bundesministerium für Landesverteidigung	
Digitalisierung macht sicher	60
<hr/>	
Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	
Digitale Infrastrukturen und Services für starke Regionen	62
<hr/>	
Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz	
Gesundheitsversorgung digital verbessern	64
<hr/>	
Digitalisierung für Österreich	66
<hr/>	

Digitalstandort Österreich

Zahlen & Fakten

Quelle: accenture, Digitalisierung – Konjunkturmotor in der Krise, Juni 2020

Durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) bis zum Jahr 2035 kann Österreich pro Jahr eine zusätzliche Wertschöpfung generieren von über

7 Mrd. Euro.

42%

aller Internetanschlüsse in Österreich sind gigabitfähig. Die Anzahl hat sich in den letzten eineinhalb Jahren verdreifacht.

Quelle: breitbandatlas.gv.at

1 Mrd. Euro an Investitionen in die Digitalisierung erzeugen in der gesamten Wirtschaft weitere

1,2 Mrd. Euro.

Quelle: accenture, Digitalisierung – Konjunkturmotor in der Krise, Juni 2020

Einführung von künstlicher Intelligenz in Unternehmen



verwenden mindestens eine AI-Technologie.



verwenden mindestens zwei AI-Technologien.



planen, AI in den nächsten 2 Jahren zu verwenden.

Quelle: ec.europa.eu, 2020

Investitionen in die Digitalisierung wirken gesamtwirtschaftlich positiv.

Die aktuelle Corona-Krise hat die Bedeutung von grundlegenden digitalen Fähigkeiten für Unternehmen aufgezeigt – für viele kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) wurden diese sogar zum überlebensrelevanten Faktor.

Quelle: Digitalberatung

48%

der Österreicherinnen und Österreicher unter 30 Jahren nutzen mobile Zahlungsfunktionen

Quelle: Mobile Payment Report 2019

800 Mio. Euro

Umsatz wurden durch M-Commerce (Einkauf über Handy) erwirtschaftet.

Quelle: Statista 2020

Erfolgreiche digitale Transformation bringt Österreich pro Jahr

1,9 % mehr BIP-Wachstum und 20.000 neue Arbeitsplätze.

15%

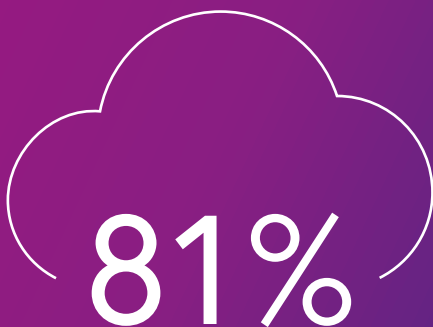
der Online-Verkäufe österreichischer KMU erfolgten 2019 grenzüberschreitend (EU-Schnitt: 8 %).

Quelle: DESI 2020

Österreich liegt bei der E-Government-Nutzung in der D-A-CH-Region klar auf

PLATZ 1.

Quelle: E-Government Monitor, 2020



der Cloud-Nutzerinnen und -Nutzer halten sie für wichtig in der Digitalisierung ihres Unternehmens.

Quelle: KPMG-Cloud-Monitor, Juni 2020



Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher waren mit elektronischen Behördengängen während der Corona-Krise sehr zufrieden.

Quelle: E-Government Monitor, 2020

3,1 Mrd. Euro

an Einsparungen sind durch die konsequente Digitalisierung und behördenübergreifende Umsetzung durch das Once-Only-Prinzip möglich (s. Seite 14).

Quelle: accenture, Quantifizierung Digitalisierungseffekte, 2020

Digitalisierung für mehr Wachstum und Zukunftssicherung

Die Potenziale der Digitalisierung für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sind gerade jetzt wichtiger denn je. Aber auch neue digitale Services der Verwaltung leisten wichtige Beiträge für den Standorterfolg.

Neue Geschäftsmodelle, neue Wertschöpfungs-systeme, neue Innovationskraft für den Standort: Die Digitalisierung hat sich zum entscheidenden Treiber für Wachstum und Zukunftssicherung entwickelt. Die digitale Transformation verändert nicht nur die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, sondern hat insgesamt höchst positive Effekte für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze. Die Studie „Digitalisierung – Jobmotor in der Krise“ von accenture im Auftrag des BMDW (2020) fasst dazu zentrale Befunde zusammen:

- Digitalisierungsmaßnahmen erhöhen nicht nur die Produktivität und Effizienz von Unternehmen, sondern auch das Wachstum von Volkswirtschaften. So zeigen die Ergebnisse von europäischen Studien, dass durch eine Erhöhung des Digitalisierungsgrades einer Volkswirtschaft Wachstumseffekte von 0,4 Prozent bis zu 1,9 Prozent pro Jahr erzielt werden können. Ein gewichteter Durchschnitt der Simulationen kommt auf einen Wachstumseffekt von 0,9 Prozent zusätzlichem BIP-Wachstum pro Jahr, so die accenture-Studie.
- Nach Schätzungen des WIFO ist durch eine Vertiefung der Digitalisierung in Österreich ein zusätzliches Beschäftigungswachstum von bis zu 0,4 Prozent pro Jahr realisierbar. Dies entspricht einem Potenzial von jährlich knapp 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen durch Digitalisierung.

Erfolgreiche Digitalisierung bringt

ein Potenzial von



20.000

Arbeitsplätzen pro Jahr



+1,9%

BIP-Wachstum

- Laut Simulationsrechnungen können allein durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) bis zum Jahr 2035 zusätzliche Potenziale von 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr lukriert werden. Dies entspricht einer zusätzlichen Wertschöpfung von über 7 Mrd. Euro pro Jahr. Der Einsatz von KI kann die Produktivität der Beschäftigten in Österreich um bis zu 30 Prozent erhöhen, so die Expertinnen und Experten. Für Österreich würde dies ein Wachstumspotenzial von bis zu 3,6 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP-Wachstum pro Jahr bedeuten. Kumuliert über zehn Jahre wäre der Effekt knapp 83 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP, bilanziert die accenture-Studie.
- Neben den positiven Wettbewerbs- und Produktivitätseffekten für Unternehmen lösen Investitionen in die Digitalisierung Impulse für die ganze Wirtschaft aus. So können Digitalisierungsinvestitionen kurzfristig zu einer Erhöhung der Produktivität aufgrund von geringeren Lohnstückkosten in einer Volkswirtschaft führen. Langfristig erhöht die Digitalisierung die Wettbewerbsfähigkeit von ganzen Branchen und so der gesamten Volkswirtschaft.

- Nach Befunden des WIFO liegt der Multiplikator bzw. Hebel für Digitalisierungsinvestitionen in Österreich in etwa bei 2,2. Dies bedeutet, dass jedem investierten Euro weitere 1,2 Euro im Wirtschaftssystem zuzurechnen sind. Bei einer Investition in Digitalisierung in Höhe von 1 Mrd. Euro würde dies bedeuten, dass weitere 1,2 Mrd. Euro an aktivierter Wirtschaftsleistung dieser Investition zuzurechnen sind, resümiert die accenture-Studie. Der Vergleich mit Investitionen in verschiedenen Bereichen zeigt, dass Investitionen in Digitalisierung mitunter die höchsten langfristigen volkswirtschaftlichen Effekte auslösen.

Große Chancen für „Kleine“

Besonders wichtig für den KMU-Standort Österreich: Die Digitalisierung ist ein wichtiger Erfolgshebel für kleine und mittlere Unternehmen. Während der bisherigen Corona-Krise waren etwa digitale Vertriebswege ein überlebensrelevanter Faktor.

Allerdings zeigen die Daten, dass das Potenzial der Digitalisierung bei den KMU in Österreich nicht ausgeschöpft ist. Digitalisierung fördert mit steigender Innovationskraft auch direkt den Umsatz: Unternehmen, welche die Digitalisierung frühzeitig umgesetzt haben, konnten im Vergleich zu den Technologienachzüglern ein um bis zu doppelt so starkes Umsatzwachstum in nur wenigen Jahren erreichen, so die Expertinnen und Experten von accenture. Die „digitale Dividende“ für Innovationsführer ist für den gesamten Innovationsstandort relevant.

Österreichs KI-Chance bis 2035

+1,6%

Wirtschaftswachstum pro Jahr

+7 Mrd. Euro

Wertschöpfung pro Jahr

+30%

Produktivität

„Weil behördliche Prozesse durch digitale Transformationsmaßnahmen schneller erledigt werden können, erhöhen gewonnene Zeit und Rechtssicherheit die Produktivität in Unternehmen.“

Mehr Wachstum durch effektive digitale Verwaltung

Die digitale Transformation ermöglicht es, Bürokratie vollkommen neu zu denken. Zielorientierte Digitalisierung kann die Effizienz und Effektivität von Verwaltung erhöhen und die Interaktion zwischen

Staat, Gesellschaft und Wirtschaft maßgeblich verbessern. Durch schnellere Prozesse und höhere Transparenz kann eine moderne digitale Verwaltung Unternehmerinnen und Unternehmer dabei unterstützen, ihre Ziele früher zu erreichen, ihre Produktivität zu steigern und international noch erfolgreicher zu agieren.

Beispielsweise müssen unternehmensbezogene Daten mit dem Once-Only-Prinzip nur ein einziges Mal an die Verwaltung gemeldet werden, in der Folge ist ein behördenübergreifender Transfer möglich. Dabei werden die Daten nicht zentral gespeichert, sondern über eine einheitliche Schnittstelle – unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen – zwischen befugten Stellen effizient ausgetauscht. Je breiter die Infrastruktur und je mehr Use Cases umgesetzt werden, desto mehr Wert stiftet das Once-Only-Prinzip. Nach aktuellen Berechnungen der Unternehmensberatung accenture können ein Einsparungspotenzial von 1,6–1,9 Mrd. Euro sowie indirekte ökonomische Potenziale von 2,5–3,1 Mrd. Euro pro Jahr durch die konsequente Umsetzung des Once-Only-Prinzips für Unternehmen auf nationaler Ebene erreicht werden.

Digitalisierung fördert nachhaltiges Wirtschaften

Österreichs Umweltwirtschaft hat bisher schon wichtige Leistungen für nachhaltiges Wachstum erbracht – in Österreich und darüber hinaus.

In Österreich erwirtschaftete der gesamte Bereich „umweltorientierte Produktion und Dienstleistungen“ im Jahr 2018 einen Umsatz von 36,9 Milliarden Euro und sorgte für 183.000 Arbeitsplätze, berechnet eine KPMG-Studie (Mit digitalem nachhaltigen Wirtschaften Wachstum und Zukunft sichern, 2020).

Die Studie zeigt auf, wie bedeutsam die Potenziale der Digitalisierung für Nachhaltigkeit und das Erreichen der ambitionierten europäischen Klimaziele sind. Denn die Digitalisierung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor und Multiplikator für nachhaltiges Wirtschaften.

Mit einem Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft würde das österreichische BIP bis 2030 um ca. 0,6 Prozent steigen. Die Kreislaufwirtschaft hätte einen Netto-Effekt auf den österreichischen Arbeitsmarkt bis 2030 von ebenfalls 0,6 Prozent – das entspricht etwa 25.000 bis 26.000 neuen Arbeitsplätzen netto.

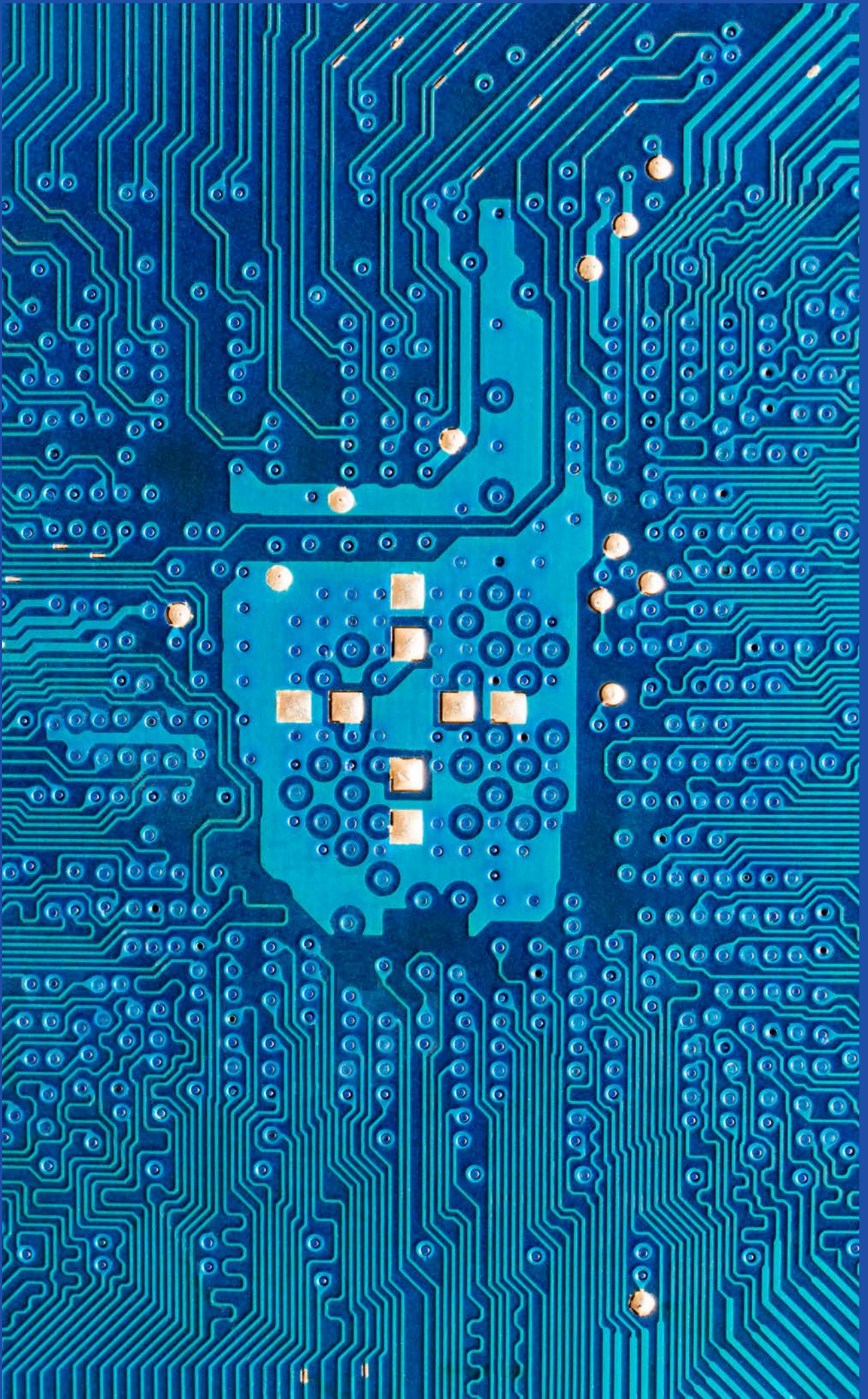
Ein Beispiel für technologische Exzellenz und wirtschaftlichen Erfolg im Umweltbereich ist das Green Tech Valley in der Steiermark. Die Unternehmen des Green Tech Valley Clusters wachsen mit 14 Prozent pro Jahr nahezu doppelt so schnell wie andere globale Märkte mit rund 8 Prozent pro Jahr. 96 Prozent der Produkte und Maschinen des Green Tech Valley in der Steiermark werden ins Ausland exportiert.

So konnten weltweit 550 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen allein durch steirische Lösungen aus dem Green Tech Valley eingespart werden, so die KPMG-Studie.

NOW
FOR



GROWTH



Digitalisierung als politische Priorität

Die Österreichische Bundesregierung hat die erfolgreiche digitale Transformation Österreichs und eine moderne digitale Verwaltung zur politischen Priorität gemacht. Während der Corona-Krise hat sich die Digitalisierung staatlicher Leistungen bereits bewährt.

Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher waren mit elektronischen Behördengängen während der Corona-Krise sehr zufrieden. Österreich liegt bei der E-Government-Nutzung in der D-A-CH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz) klar auf Platz 1, so der E-Government Monitor 2020. Auch beim „eGovernment Benchmark 2020“ der Europäischen Kommission darf sich Österreich über einen Spitzenplatz freuen: Es liegt gleichauf mit Lettland am dritten Platz von 36 untersuchten Ländern – und gehört mit Malta und Estland zu den Top-3-Nationen in Europa. Mit 96 Prozent der möglichen Bewertung ist Österreich bei der Nutzerzentriertheit besonders gut aufgestellt.

Digital Economy and Society Index

Österreich verbesserte sich 2020 im Gesamtranking des Digital Economy and Society Index (DESI) der Europäischen Kommission im Vergleich zum Vorjahr um einen Rang auf Platz 13. Überdurchschnittlich schneidet Österreich 2020 in den Bereichen E-Government (Platz 8/28) und Humankapital (Platz 9/28) ab.

ec.europa.eu



E-Government Benchmark

Im E-Government-Benchmark der EU liegt Österreich aktuell mit Malta und Estland unter den Top-3-Nationen. Österreich erhält vor allem in den Bereichen Nutzerzentriertheit und Verfügbarkeit von digitalen Verwaltungsservices Bestnoten. Beim Ausbau von M-Government und der elektronischen Zustellung zählt Österreich zu den Spitzenreitern.

ec.europa.eu



**Digital-Rankings:
„Österreich
bei digitalen
Verwaltungsservices
vorne.“**

Österreich zu einer führenden Digitalnation machen

Hinter diesen Spitzenplätzen in internationalen Rankings stehen eine ambitionierte Digitalisierungspolitik und ein klares Commitment der Bundesregierung zur digitalen Transformation. Im aktuellen Regierungsprogramm heißt es dazu: „Die Bundesregierung bekennt sich zu dem Ziel, Österreich zu einer der führenden Digitalnationen innerhalb der Europäischen Union zu machen. Jede Österreicherin und jeder Österreicher soll die Vorteile der Digitalisierung in allen Lebensbereichen möglichst eigenverantwortlich, transparent und erfolgreich nutzen können. Eine aktive Digitalisierungspolitik schafft dafür gesellschaftspolitische, wirtschaftliche, rechtliche, infrastrukturelle und demokratische Rahmenbedingungen und sichert den Aufbau digitaler Kompetenzen.“

Einfache und moderne Verwaltung

Ein wesentliches Anliegen der Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang, dass die öffentliche Verwaltung durch die Digitalisierung einfacher sowie „modern, effizient und bürgerorientiert – mit Fokus auf die Menschen und deren Lebenssituationen“ werden soll. „Alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen nach Möglichkeit Amtsgeschäfte digital abwickeln können (...) Ziel ist eine durchgängige digitale Abwicklung (von der Einbringung bis zum Bescheid)“, heißt es im Regierungsprogramm. Ein entscheidendes Anliegen für einfache und zeitsparende Abläufe ist auch das „Once-Only-Prinzip“ für Unternehmen sowie für Bürgerinnen und Bürger bei Verwaltungsverfahren: Alle relevanten Daten sollen Verwaltungsbehörden nur einmal bereitgestellt werden müssen und ab dann bei unterschiedlichen Behördenwegen automatisiert abrufbar sein, so das Ziel der Bundesregierung.

Agile Gesamtstrategie

Das gemeinsame Vorgehen bei der Gestaltung der Digitalisierung und der zahlreichen, im Regierungsprogramm verankerten Digitalisierungsprojekte wurde festgelegt. Damit gab die Regierung den Startschuss für einen umfangreichen strategischen Abstimmungs- und Konsolidierungsprozess (s. Seite 18). Im Ministerratsvortrag heißt es dazu: „Ziel ist es, von zahlreichen Teilstrategien zu einer Gesamtstrategie durch einen agilen Erstellungsprozess zu gelangen. Österreich erhält dadurch ein digitales Zukunftsbild mit politischen Gestaltungsgrundsätzen und Schwerpunkten, Handlungsfeldern, prioritären Zielen und einem Maßnahmenplan, der laufend aktualisiert wird.“

160 Millionen für Investitionen

In einem weiteren Ministerratsvortrag vom Oktober 2020 wurden die Grundlagen für den Digitalen Aktionsplan und konkrete Digitalisierungsmaßnahmen gesetzt. „Investitionen in eine bürgernahe, serviceorientierte Verwaltung mit zeitgemäßer digitaler Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung von Verwaltungsabläufen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Wohlstand und Lebensqualität“, so die Bundesregierung. Für weitere Digitalisierungsmaßnahmen in den Jahren 2021 und 2022 wurden zusätzliche 160 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind zumindest zur Hälfte für ressortübergreifende Projekte zur Umsetzung der IT-Konsolidierung im Bund zu verwenden. Die weiteren Mittel sind für Projekte mit ressortübergreifender Wirkung zum Ausbau der Bürger- und Unternehmensservices und für Projekte zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung von Verfahrensabläufen zu verwenden.

Taskforce für Digitalisierung

Konkrete Projektvorschläge werden seither von den Ressorts eingebracht und gemeinsam mit dem BMDW umgesetzt. Auch die Governance der Digitalisierungsstrategie wurde im Ministerratsvortrag vom Oktober 2020 fixiert: „Der Bundeskanzler, der Vizekanzler, der Bundesminister für Finanzen sowie die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort entsenden je einen Vertreter in die Taskforce Digitalisierung 2022, welche im Wesentlichen einvernehmlich folgende Aufgaben wahrnehmen wird: Auswahl der relevanten Projekte, Entscheidung über die Mittelzuteilung und -verwendung,

Festlegung der Meilensteine.“ Auf Basis dieser politischen Grundlagenentscheidungen entwickelt Österreich seine Digitalisierungsstrategie unter Federführung des Digitalisierungsministeriums laufend weiter – und setzt sie konsequent um. Dass Österreichs Digitalisierungsstrategie agil konzipiert ist, ist dabei ein entscheidender Vorteil. Denn die Corona-Krise hatte und hat Einfluss auf Prioritäten und Umsetzungsdynamik. Österreichs Ziel, zu einer führenden Digitalnation zu werden, ist jedenfalls wichtiger denn je.

„Investitionen in eine bürgernahe, serviceorientierte Verwaltung mit zeitgemäßer digitaler Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung von Verwaltungsabläufen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Wohlstand und Lebensqualität.“

E-Government Monitor

Neben dem E-Government-Benchmark der EU bescheinigt auch der E-Government Monitor – eine jährliche Untersuchung der E-Government-Situation in Österreich, Deutschland und der Schweiz – Österreich den Spitzenplatz in der D-A-CH-Region.

[initiaved21.de](https://www.initiaved21.de)



Digitaler Aktionsplan Austria: Die Strategie

Erfolgreiche digitale Transformation, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich bringt, braucht wirksame Gestaltung. Mit seiner agilen Digitalisierungsstrategie, dem Digitalen Aktionsplan Austria (DAA), nutzt das BMDW dafür auch das Wissen von Expertinnen und Experten sowie Stakeholdern.

Digitalisierung ist nicht gleich Digitalisierung. Der internationale Vergleich zeigt, dass es weltweit ganz unterschiedliche politische Herangehensweisen gibt. So prägen in den USA monopolartige Digitalisierungsspieler das Bild, die Politik und Staaten weltweit fordern. In China ist Digitalisierung hingegen zum Instrument der staatlichen Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger geworden. „Wir haben ein anderes Leitbild für die Digitalisierung. In Europa und gerade auch in Österreich. Wir wollen eine Digitalisierung, die Maß nimmt am Menschen. Eine Digitalisierung, die unser Wirtschafts- und Sozialmodell für die Zukunft sichert“, sagt Digitalisierungsministerin Margarete Schramböck.

Vision der „digitalen Verantwortungsgesellschaft“

Dieses Anliegen prägt auch Österreichs große Digitalisierungsstrategie, den Digitalen Aktionsplan Austria (DAA). Hinter ihm steht nicht eine techno-

logische oder rein wirtschaftliche, sondern eine gesellschaftspolitische Vision: die „digitale Verantwortungsgesellschaft“, die auf Eigenverantwortung, verlässliche Standards und innovationsfördernde Rahmenbedingungen setzt.

Strategischer Rahmen für Digitalisierungsprojekte

Eine wichtige Leistung des Aktionsplans für erfolgreiche digitale Transformation liegt darin, dass er allen Digitalisierungsthemen der Bundesregierung sowie Stakeholder-Initiativen einen strategischen Rahmen gibt. „Dieser Rahmen garantiert, dass die Digitalisierungsprojekte aus den einzelnen Politikfeldern zusammengeführt und als konzertiertes Maßnahmenpaket umgesetzt werden können“, erläutert Bundesministerin Schramböck. Ihr Ressort koordiniert den Aktionsplan und erarbeitet mit den jeweiligen Fachressorts Inhalte und Projekte in den Aktionsfeldern des Digitalen Aktionsplans.

Hochkarätige Expertise eingebunden

Interne und externe Expertise spielen dabei die Schlüsselrolle. Mehr als 200 Expertinnen und Experten sowie Stakeholder aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft waren bisher in die Entwicklung des Digitalen Aktionsplans eingebunden, darunter E-Governance-Professor Peter Parycek von der Donau-Universität Krems, KI-Professor Sepp Hochreiter, Verwaltungsrechts-Professor Michael Mayrhofer von der Johannes Kepler Universität Linz, das „Sicherheitsforum Digitale Wirtschaft Österreich“ des Kuratoriums Sicheres Österreich (KSÖ) sowie Vertreterinnen und Vertreter aller Fachressorts und zahlreicher österreichischer Unternehmen.

Seit Juli 2019 werden in Arbeitskreisen und Expertenforen die unterschiedlichen Schwerpunkte bearbeitet und konkrete Maßnahmen entwickelt. 2020 wurden Teilstrategien zu den Themen „Datennutzung“, „Krisenfestigkeit“ und „Digitale Wirtschaftstransformation“ erarbeitet. Für 2021 sind Schwerpunkte zu den Themen „Digitales Nachhaltiges Wirtschaften“, „Digitale Talente“, „Digitales Hochschulwesen“ und „Digitaler Tourismus“ geplant. Die Projekte des Aktionsplans werden parallel zum projektierten Expertenprozess Schritt für Schritt umgesetzt.

Die „digitale Verantwortungsgesellschaft“

Hinter dem Digitalen Aktionsplan Austria steht ein klares Wertefundament: Die Vision eines lebenswerten, demokratischen, digitalen Österreichs 2050 ohne Kontrollstaat und Monopolunternehmen. Diese Vision wurde im Zukunftsbild einer „Digitalen Verantwortungsgesellschaft“ auf den Punkt gebracht.

→ BESTMÖGLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der Staat schafft jene Voraussetzungen, die die dynamische digitale Entwicklung der Wirtschaft ermöglichen. Digitale Kompetenzen bewegen sich in der gesamten Gesellschaft auf einem hohen Niveau.

→ PRIVATSPHÄRE UND INFORMATIONSWEITERGABE IM EINKLANG

Daten werden ausschließlich im Einklang mit datenschutzrechtlichen Vorgaben zur Verfügung stehen und vielfach genutzt werden. Dabei hat die Privatsphäre einen hohen Stellenwert.

→ DIE VERWALTUNG AUF BASIS NEUESTEN WISSENS UND EXPERTISE

Anerkannte Anwendungen neuer Technologien fördern die Effizienz staatlichen Handelns.

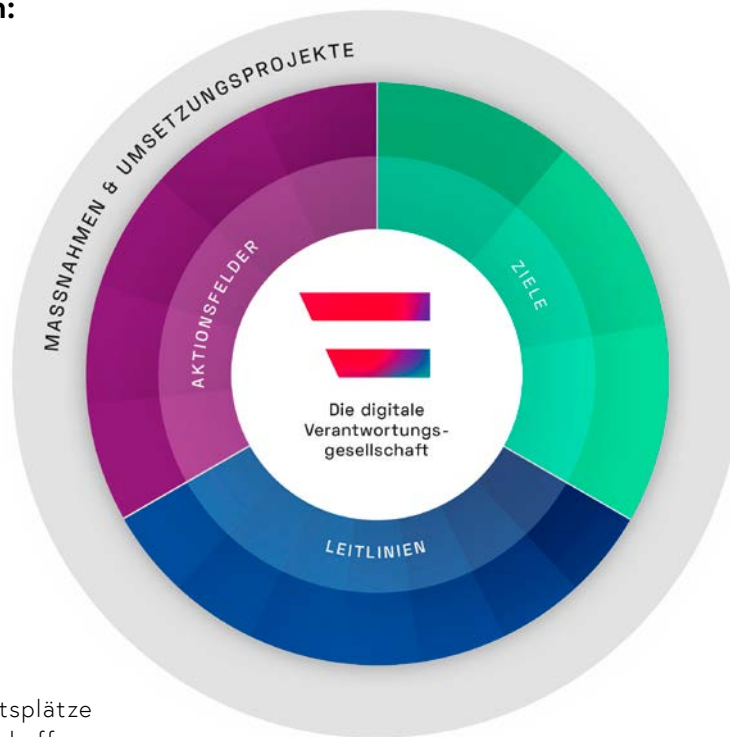
→ KLARE REGULATORISCHE RAHMEN FÜR HOHE RECHTSSICHERHEIT

Erprobungs- und Innovationsregionen dynamisieren den Wirtschaftsstandort Österreich und steigern seine Attraktivität für Investoren, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Forschende.



„Wir wollen eine Digitalisierung, die Maß nimmt am Menschen. Eine Digitalisierung, die unser Wirtschafts- und Sozialmodell für die Zukunft sichert.“

Digitaler Aktionsplan: Der Gesamtprozess



1 Ziele

- Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen
- Lebensqualität für Menschen in allen Regionen und Altersgruppen erhöhen
- Sicheren, modernen und zugänglichen Verwaltungsservice für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger bieten

2 Leitlinien

- „System Österreich“ krisenfest machen
- Wettbewerbsfähigkeit ausbauen
- Österreich als digitale Innovationsregion positionieren
- Daten für Innovationen gezielt nutzen
- Bildung, Ausbildung, Weiterbildung als digitalen Wettbewerbsvorteil gestalten
- Digitale Spitzenforschung gezielt fördern
- Digitale Kommunikation zwischen Staat und Bürgern erleichtern

3 Aktionsfelder

- Der Digitale Aktionsplan Austria entwickelt Maßnahmen in den entscheidenden Aktionsfeldern für Österreichs Zukunft.
- **WIRTSCHAFT:** Mehr Wachstum und Arbeit durch bessere Datennutzung
- **STAAT:** Mehr Digital-Service und weniger Kosten für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger
- **BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION:** Mehr Zukunft durch digitale Innovationen für uns alle
- **GESUNDHEIT & PFLEGE:** Mehr Gesundheit und Lebensqualität für alle Generationen
- **SICHERHEIT & INFRASTRUKTUR:** Mehr Datensicherheit und Resilienz für ganz Österreich

Digitaler Aktionsplan in Aktion

Aktuell werden rund 30 Projekte im Rahmen der Digitalisierungsstrategie umgesetzt. Beispiele dafür sind:

- Digitale Identität mit ID Austria einführen
- M-Government mit *oesterreich.gv.at* und App „Digitales Amt“ für Smartphones und Tablets fördern
- Digitale Plattform für Krisenfestigkeit mit Digital Team Österreich
- Lebenslange Weiterbildung mit fit4internet unterstützen
- Digital Innovation Hubs als zentrale Anlaufstelle für KMU anbieten

Die Themen des Digitalen Aktionsplans auf einen Blick

AKTIONSFELD 1

Wirtschaft

Digitale Wirtschaftstransformation
Inklusion, Mobilität, Tourismus, Landwirtschaft



AKTIONSFELD 2

Digitaler Staat

Verwaltung



AKTIONSFELD 3

Bildung, Forschung & Innovation

Kunst & Kultur, Energie & Klima, Ausbildung



AKTIONSFELD 4

Gesundheit

Gesundheit & Pflege



AKTIONSFELD 5

Sicherheit & Infrastruktur

Äußeres, Sicherheit & Verteidigung, Infrastruktur



Standortpolitische Ziele für den Aufschwung

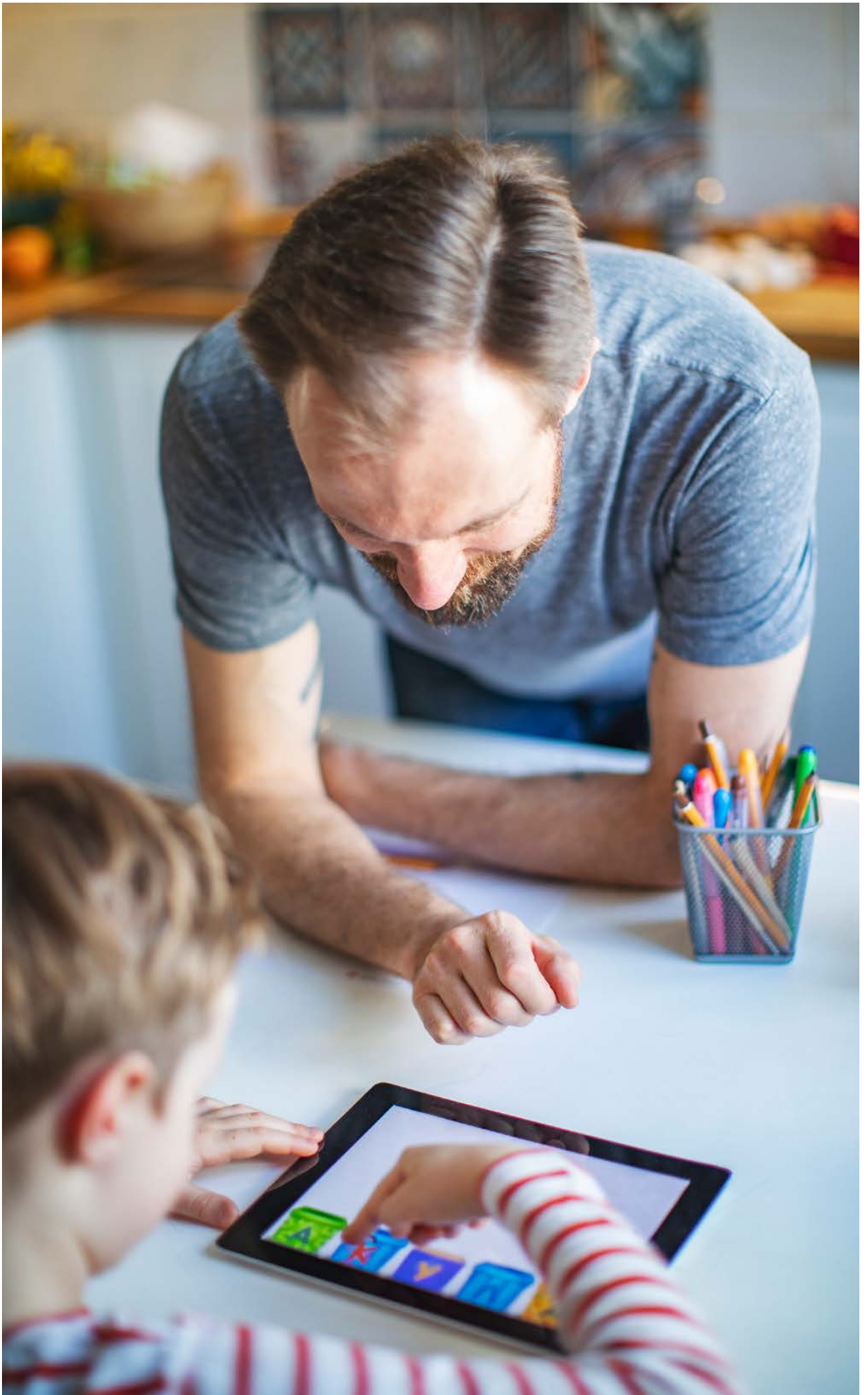
Mit dem Digitalen Aktionsplan Austria verfolgt das BMDW wichtige standortpolitische Ziele, die auch als DAA-Leitlinien im Ministerrat verankert wurden. Für den Aufschwung und damit für Wertschöpfung und Arbeitsplätze besonders wichtige Anliegen sind etwa:

- Digitale Transformation soll das „System Österreich“ krisenfest machen. Digitalisierung soll Entscheidungen in Krisensituationen u. a. durch Datenaustausch und Simulation unterstützen.
- Mit erfolgreicher Digitalisierung soll die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Standortes gezielt gestärkt werden. So sollen insbesondere Österreichs Klein- und Mittelbetriebe bei der Bearbeitung heimischer und internationaler Märkte von der Digitalisierung profitieren.
- Insgesamt soll die Digitalisierung genutzt werden, um Österreich zur führenden digi-

talen Innovations- und Erprobungsregion zu machen. Neue digitale Technologien und Anwendungen sollen dafür unter klaren rechtlichen Rahmenbedingungen in eigenen Innovationsräumen erprobt werden dürfen.

- Mit Blick auf den Fachkräfte- und Qualifizierungsbedarf der Zukunft soll die Digitalisierung auch zur lebenslangen Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten forciert werden. Die Ausbildung in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) der Universitäten und Fachhochschulen soll besser auf die Anforderungen von Wirtschaft und Wissenschaft ausgerichtet werden.

Eine Studie von Arthur D. Little zur digitalen Krisenfestigkeit kommt zum Schluss: „Die Felder des Digitalen Aktionsplans sind richtig gewählt und zentral für die Steigerung der Krisenfestigkeit.“ Zentral sind aus Sicht der befragten Führungskräfte Maßnahmen für ein agiles regulatorisches Umfeld, für die Infrastruktur- und Technologieentwicklung sowie zur Förderung digitaler Kompetenzen.



Krisenfest lernen und arbeiten

Dass die Digitalisierung während der Corona-Krise wichtige Beiträge zur wirtschaftlichen Krisenbewältigung geleistet hat, steht außer Frage. Besonders im Fokus der öffentlichen Diskussion standen und stehen das Arbeiten und das Lernen von daheim.

Während der Corona-Krise hat sich die Digitalisierung als wichtiges Instrument für die Krisenbewältigung bewährt. Die Aufrechterhaltung entscheidender Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft trotz „Social Distancing“ war nur dank digitaler Instrumente möglich, zeigt auch eine von Arthur D. Little im Auftrag von Cisco in Zusammenarbeit mit dem BMDW durchgeführte Studie (Digitalisierung als Treiber zur Stärkung der Krisenfestigkeit Österreichs in Pandemien, 2020). Die Studie hebt vor allem die „Beschleunigung der Digitalisierung von internen Prozessen und Geschäftsmodellen“ und die „Beseitigung lange existierender Barrieren und Erhöhung der Akzeptanz für digitale Technologien bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Kundinnen und Kunden“ hervor.

Besonders im Fokus der öffentlichen Debatte standen und stehen aufgrund der Betroffenheit weiterer Bevölkerungsteile zwei digitale Einsatzbereiche für Krisenfestigkeit: „Home-Office“ und „Distance Learning“ – das Arbeiten und Lernen von daheim aus.

Home-Office: Sichere Basis

Digitales Arbeiten von daheim ist in Österreich nicht erst seit der Corona-Krise Thema. Schon in den Jahren davor konnte in Österreich ein Trend Richtung Home-Office festgestellt werden, so die ADL-Studie. Eine Umfrage im Jahr 2019 dokumentierte, dass sich die Nutzung seit 2017 von 42 Prozent auf 86 Prozent verdoppelt hat. Durch die Corona-Krise hat Home-Office als Arbeitsmodell eine viel größere Zielgruppe erfasst. Das WIFO berechnete für Österreich ein Home-Office-Potenzial von 45 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten.

Eine Umfrage des Jobportals Stepstone zeigt, dass Home-Office von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während der Corona-Krise gut aufgenommen wurde: 53 Prozent der Befragten zeigten sich mit der Arbeit im Home-Office zufrieden. 64 Prozent gaben an, dass sie auch nach der Corona-Krise weiterhin verstärkt im Home-Office arbeiten möchten. Betriebe ohne ausreichendes Know-how bei Home-Office wurden etwa vom „Digital Team Österreich“ unterstützt: Anbieter digitaler Lösungen lieferten über drei Monate hinweg kostenlose Unterstützung rund um Tools für Videokonferenzen, Zusammenarbeit, Cyber-Sicherheit oder digitale Services für Arbeiten, Lernen und Alltag.

Im Jänner 2021 hat die Bundesregierung – das weiterhin freiwillige – Arbeiten von daheim mit Blick auf die Zukunft auch steuerlich geregelt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können über die Arbeitnehmerveranlagung bis zu 300 Euro pro Jahr als Werbungskosten absetzen, wenn es um die Anschaffung von diversen Arbeitsmaterialien geht. Gleichzeitig sind Zahlungen von Arbeitgebern zur Abgeltung von Mehrkosten der Arbeitnehmer im Home-Office bis zu 300 Euro pro Jahr steuerfrei.

Distance Learning: Digitale Transformation in der Bildung

Das Arbeiten und Lernen „auf Distanz“ spielte aber auch im Bildungswesen eine große Rolle. Im internationalen Vergleich schneidet das österreichische Bildungssystem in Hinblick auf technische Ausstattung und Ausbildung im Bereich Digitalisierung gut ab, wie aktuelle Daten der OECD belegen.

Allerdings wird noch großes Potenzial in der Ausweitung des Einsatzes digitaler Technologien für Unterrichtszwecke gesehen. In der Folge war der

„Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können über die Arbeitnehmerveranlagung bis zu 300 Euro pro Jahr als Werbungskosten absetzen, wenn es um die Anschaffung von diversen Arbeitsmaterialien geht. Gleichzeitig sind Zahlungen von Arbeitgebern zur Abgeltung von Mehrkosten der Arbeitnehmer im Home-Office bis zu 300 Euro pro Jahr steuerfrei.“

Großteil der österreichischen Schulen auf die rasche Umstellung auf Home-Schooling im ersten Lockdown 2020 nur wenig vorbereitet.

Laut dem „Schul-Barometer“ des Instituts für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie der PH Zug haben 47 Prozent der Lehrenden während des ersten Lockdowns keinen digitalen Live-Unterricht beispielsweise über Webinare abgehalten. 48 Prozent der Schülerinnen und Schüler ist die Kommunikation mit der Schule teilweise schwergefallen.

Laut den Ergebnissen einer Studie der Universität Wien („Lernen unter COVID-19-Bedingungen“) im Frühjahr 2020 wünschten sich Lernende, sämtliches E-Learning einheitlich auf derselben Lernplattform zu organisieren sowie kontinuierliche Hilfestellung bei der Strukturierung des Lernalltags. Insgesamt dokumentiert die Studie: Je kompetenter Lernende und Lehrende in der pädagogischen Verwendung digitaler Technologien waren, umso erfolgreicher konnten sie auch die Aufgaben im „Distance Learning“ bewältigen.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) hat vor dem Hintergrund von Befunden wissenschaftlicher Begleituntersuchungen und praktischen Erfahrungen während des ersten Lockdowns den Masterplan Digitalisierung weiterentwickelt und ein umfassendes Paket zur Digitalisierung der Schulbildung geschnürt.

Die „Digitale Schule“ erfährt mit dem „8-Punkte-Plan“ ihre sukzessive flächendeckende Umsetzung. Mit der Realisierung des 8-Punkte-Plans wird Digitalisierung nachhaltig im Bildungswesen verankert

und ein maßgeblicher Fortschritt für ein krisenfestes und zukunftsorientiertes Bildungssystem erzielt. Eine weitere Untersuchung der Universität Wien belegt in Folge für den zweiten Lock-Down eine wesentliche Verbesserung bei den Kommunikationswegen und der Erreichbarkeit.

Zusätzlich zur leihweisen Ausrollung von digitalen Endgeräten durch Bund, Länder und Gemeinden haben dazu auch begleitende Maßnahmen der Schulpsychologie bzw. des Schulqualitätsmanagements beigetragen.

Der 8-Punkte-Plan zur Digitalisierung der Schulbildung



Die digitale Schule wird auf Basis des 8-Punkte-Plans flächendeckend umgesetzt.

Im Bereich der Universitäten und Hochschulen gaben Anfang April 2020 bei einer Online-Umfrage im Auftrag des BMBWF drei von vier befragten Studierenden an, „sehr“ oder „eher gut“ mit der COVID-19-Pandemie zurechtzukommen. Für zwei Drittel verbesserte sich das Online-Lehrangebot in dieser kurzen Zeit nach der Umstellung auf Distance Learning deutlich, das ebenso viele folglich als „sehr gut“ oder „gut“ einstufen. 54 Prozent gaben an, bereits vor der COVID-19-bedingten Umstellung Erfahrung mit E-Learning an ihrer Hochschule gehabt zu haben.

Retrospektiv zeigt sich, dass Universitäten, Lehrende, Studierende und Unterstützungseinrichtungen die plötzliche Umstellung auf Online-Lehre

im Sommersemester 2020 gut gemeistert haben. Weitere universitätsinterne Befragungen und Erfahrungen dokumentieren, dass es auch entsprechendes Know-how im Umgang mit digitalen Lehr- und Lernumgebungen sowie ausreichend Wissen benötigt, wie man digitale Lehre didaktisch umsetzt. Zahlreiche Universitäten haben daher spezielle Schulungen und Unterstützungsangebote für Studierende und Lehrende etabliert.

Um einen österreichweiten Austausch der Hochschulen über ihre Praxiserfahrungen zu fördern, hat das BMBWF zwei Hybridveranstaltungen zum Thema „Distance Learning Lessons Learned“ im September sowie einen virtuellen Expertinnen- und Expertenworkshop im Dezember 2020 veranstaltet.

Dashboard E-Government

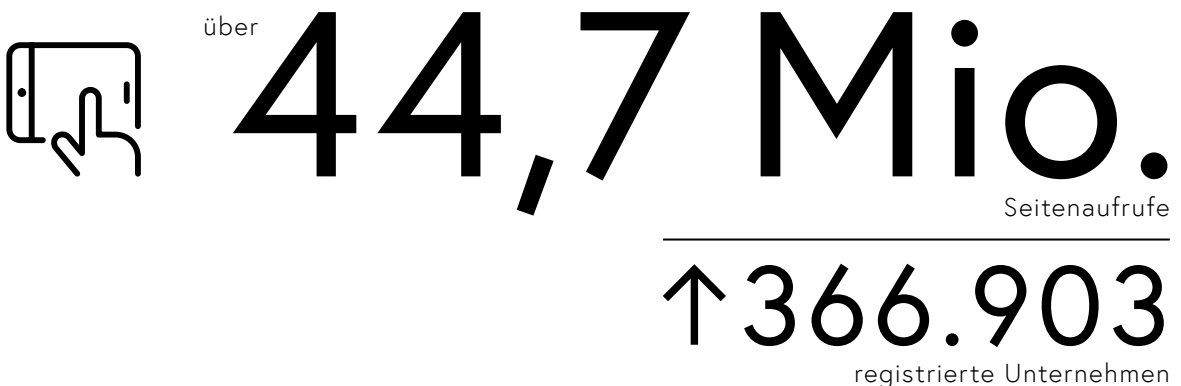
Österreich belegt in europäischen E-Government-Rankings Spitzenplätze. Dahinter steht der erfolgreiche Ausbau digitaler Verwaltungsservices und Leistungen für Menschen und Betriebe. Das Dashboard E-Government liefert aktuelle Daten und Befunde für ausgewählte digitale Services. So performt Österreich bei digitalen Services, die Zeit sparen, Kosten senken und das ganze Land nach vorne bringen.

Digitale Services für Unternehmen

Quelle: reportingplattform.gv.at

Nutzung des Unternehmensserviceportals

Gesamt 2020



Top 3 Verfahren

Gesamtanzahl Verfahrensaufrufe 2020

1. WEB-BE-Kundenportal

Onlineinformation für Konten bei BVA und Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)

1.170.018

2. Mein Postkorb

Zustellsystem für behördliche Schriftstücke an Unternehmen und Privatpersonen

583.674

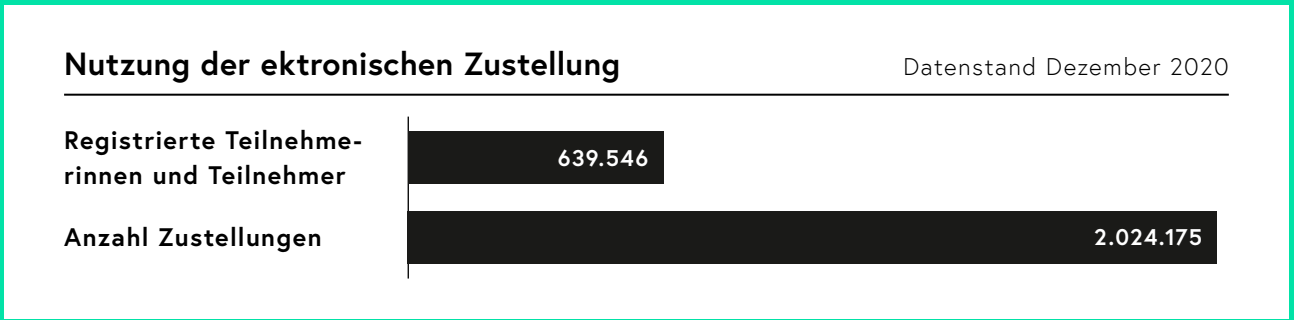
3. SVA-Beitragskonto für Bevollmächtigte

Onlineinformation für Konten bei der Sozialversicherung für Selbstständige

512.818

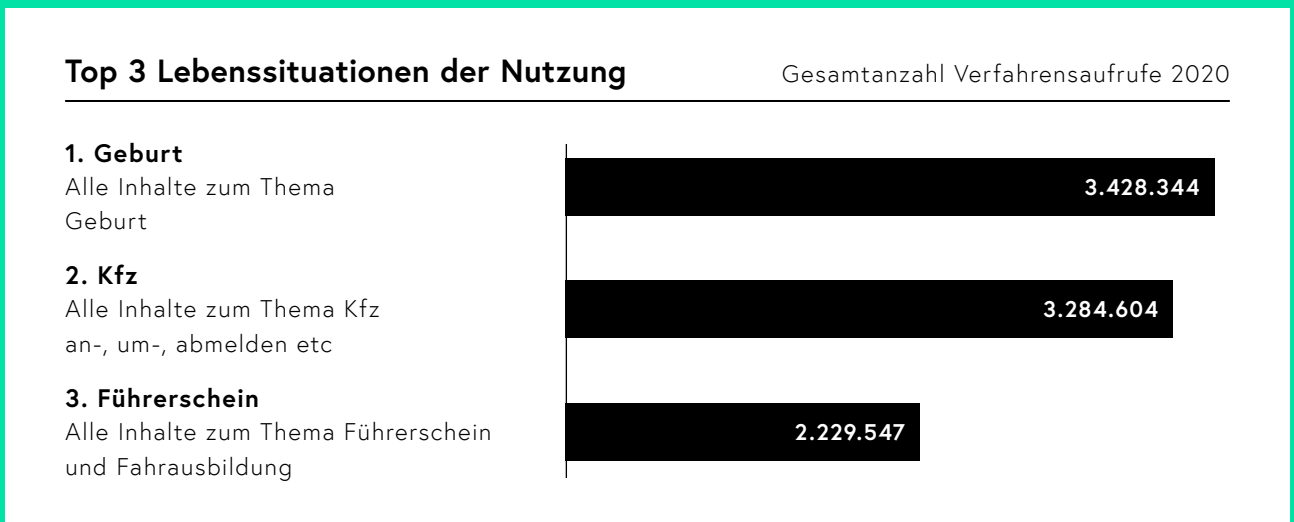
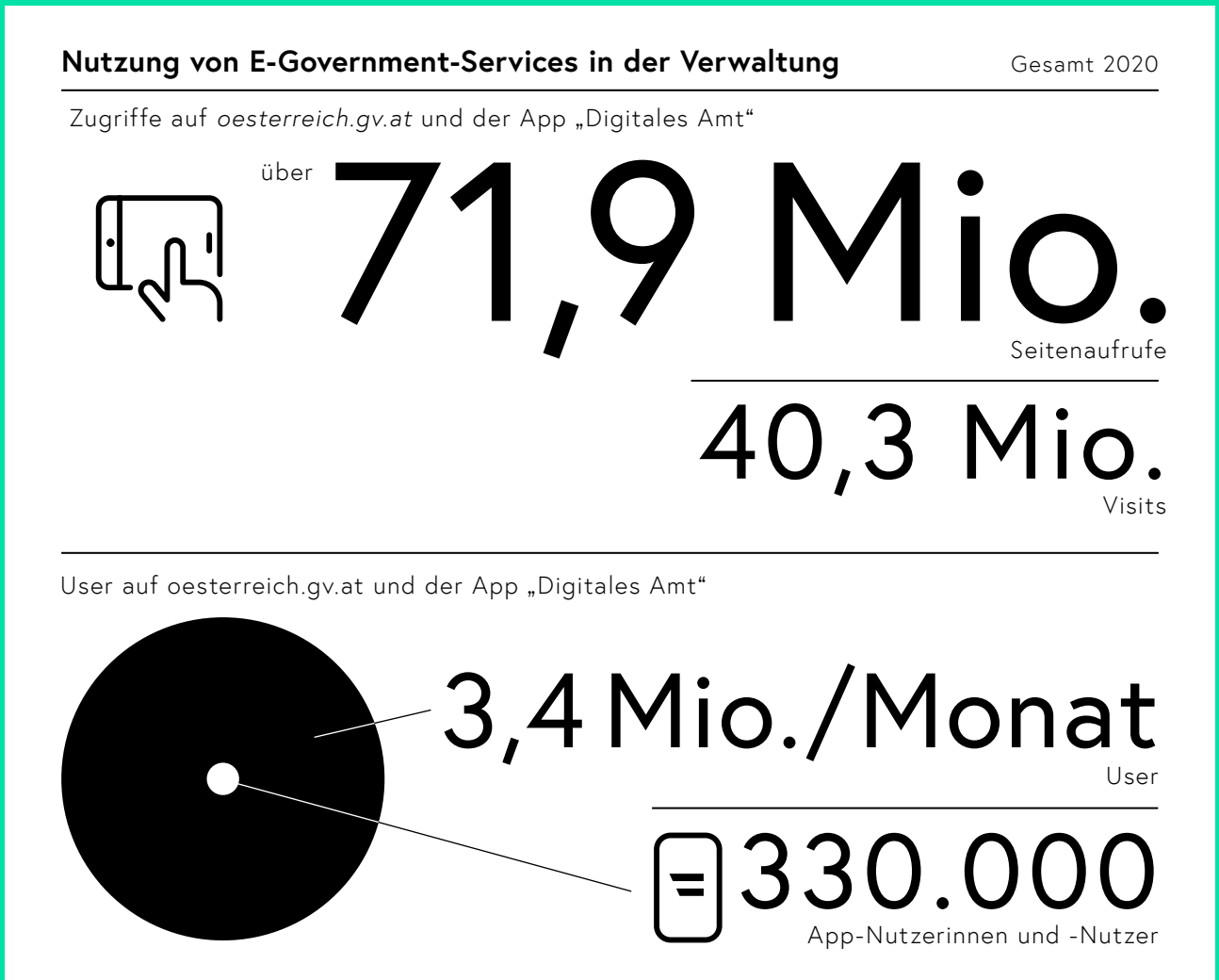
Digitale Services für Unternehmen

Quelle: usp.gv.at



Digitale Services für Bürgerinnen und Bürger

Quelle: reportingplattform.gv.at

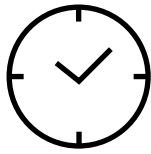


Digitale Services für Bürgerinnen und Bürger

Quelle: reportingplattform.gv.at

Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt

Zeitersparnis für
Bürgerinnen und Bürger



zwischen 86 und
114 Mio. Stunden*

* bei einem zeitlichen Aufwand samt An- und Rückfahrt für einen Amtsbesuch im Ausmaß von 1,5–2 Stunden und 57 Millionen Besuchen

Das digitale Amt
eröffnet neben
Informationen zu über

180

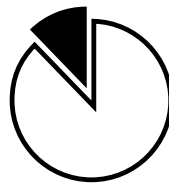
Lebenssituationen Zugang zu
zahlreichen weiteren Services
wie z. B. Justiz Online, Diebstahls-
anzeige oder Mein Postkorb.

Skills

Quelle: reportingplattform.gv.at

Digitale Berufe auf dem Vormarsch

Bereits 15% der
Lehrlingsausbildungen
qualifizieren für digitale Berufe.



Infrastruktur im Bund

Quelle: reportingplattform.gv.at

IT-Landschaft im Bund ist heterogen

18

Rechenzentren



92.000 Arbeitsplatzrechner

2.000

Anwendungen



96.000 Telefone



33.000 Smartphones

In den IT-Organisationen der Zentralstellen
der Ressorts arbeiten mehr als

1.700

Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter sowie

1.200

Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter im BRZ.

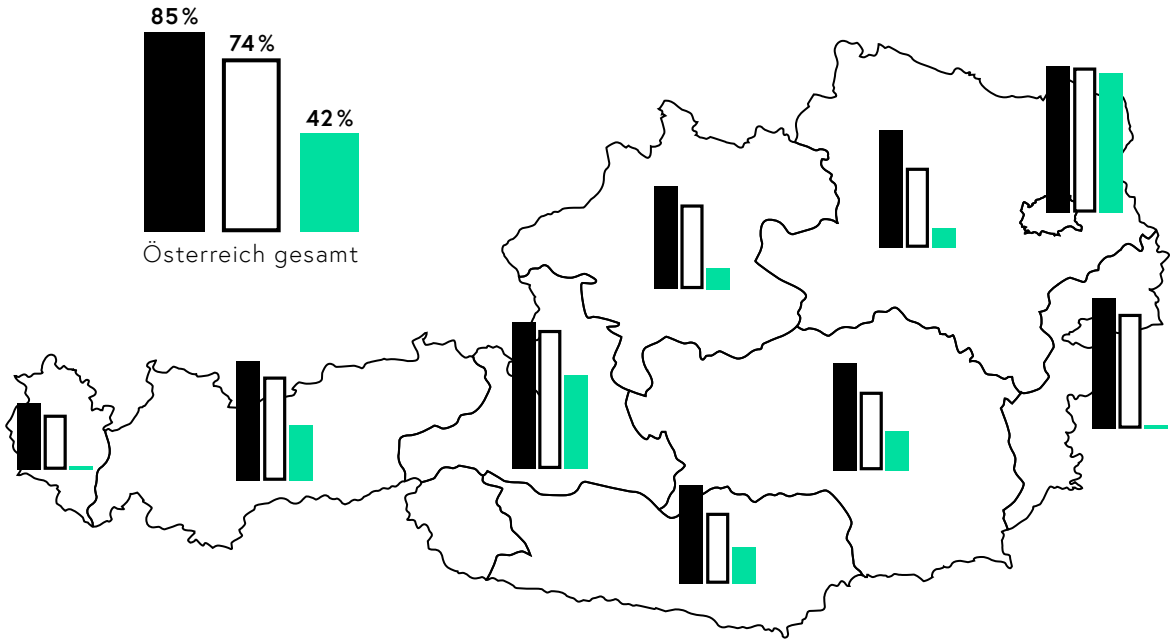
Infrastruktur Wirtschaftsstandort

Quelle: BMLRT

Festnetzversorgung der Haushalte

Datenstand: Q1/2020

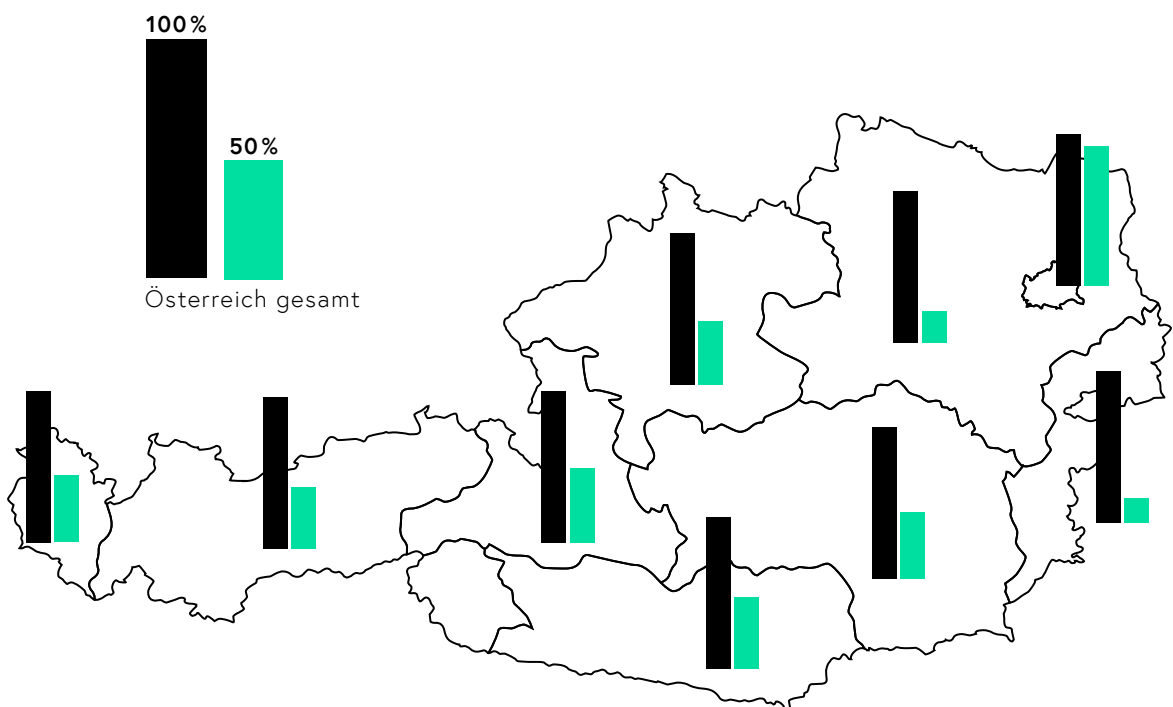
- NGA (≥ 30 Mbit/s)
- Ultraschnell (≥ 100 Mbit/s)
- gigabitfähig (≥ 1.000 Mbit/s)



Mobilfunkversorgung der Haushalte

Datenstand: Q2/2020

- 4G
- 5G



NOW
FOR



USABILITY

So gestaltet Österreich die digitale Trans- formation

Ausgewählte Projekte
der Ressorts

Sicher und gemeinsam digitalisieren



„Österreich soll sich bei der Digitalisierung und beim E-Government ins internationale Spitzenfeld vorarbeiten. Dazu brauchen wir die besten Rahmenbedingungen und Lösungen.“

Die Anforderungen an staatliches Handeln steigen: Die COVID-19-Krise hat die Notwendigkeit effektiver staatlicher Handlungsfähigkeit deutlich gemacht. Gleichzeitig erwarten sich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu Recht moderne, einfache sowie zeit- und kostensparende staatliche Services. Die Digitalisierung ist ein entscheidender Hebel, um sowohl Steuerungs- und Handlungsfähigkeit, aber auch Transparenz und „Userfreundlichkeit“ des Staates zu erhöhen. Mit dem ersten österreichischen Digitalisierungsbericht zeigen wir, welche Umsetzungsfortschritte bereits gelungen sind und auf welcher strategischen Basis die digitale Transformation in Österreich forciert wird.

Es ist unsere Aufgabe in der Taskforce der Chief-Digital-Officer des Bundes, Digitalisierung strategisch zu steuern. Österreich soll sich bei der Digitalisierung und beim E-Government ins internationale Spitzenfeld vorarbeiten. Dazu brauchen wir die besten Rahmenbedingungen und Lösungen. Wir müssen unsere Projekte zielgerichtet und kooperativ vorantreiben, denn die volle Wirkung kann nur im guten Zusammenspiel der einzelnen Services und Institutionen entfaltet werden. Das lösungsorientierte Zusammenspiel zwischen Recht und Technik ist einer der wesentlichen Faktoren für Akzeptanz und Erfolg der Digitalisierung. Die verstärkte Kooperation auf CDO-Ebene ist ein ganz entscheidender Faktor für den Umsetzungserfolg. Sie stellt sicher, dass technische, organisatorische, logistische, rechtliche und fachlich aufeinander abgestimmte Maßnahmen in der Verwaltung ressortübergreifend gesetzt werden. Damit wird gewährleistet, dass die Digitalisierung in Österreich für Wachstum und Zukunftssicherheit bestmöglich genutzt wird.

Bundes-CDO SCin Mag.ª Maria Ulmer
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort



„Digitale Lösungen eröffnen neue Möglichkeiten, um mit Ressourcen sparsamer und intelligenter umzugehen.“

Die digitale Transformation ist in fast allen Lebensbereichen angekommen und hat im Corona-Jahr 2020 einen weiteren Schub erfahren. Diese digitale Transformation spielt für die Bewältigung der großen Herausforderungen der Zukunft, allen voran bei der Bewältigung der Klimakrise, eine zentrale Rolle. Nicht umsonst werden die grüne und die digitale Transformation als sogenannte Twin Transition bezeichnet, denn die eine kann nicht ohne die andere funktionieren. Auch bei der Etablierung einer Kreislaufwirtschaft, bei der Energieproduktion oder im Verkehr eröffnen digitale Lösungen neue Möglichkeiten, um mit Ressourcen sparsamer und intelligenter umzugehen.

Entscheidend für eine erfolgreiche digitale Transformation bei Produktion, Mobilität und Energie ist die Steigerung der Innovationskraft aller relevanten Akteurinnen und Akteure. Die österreichische Bundesregierung hat im Regierungsprogramm die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen vorgesehen. Dies unterstützt die Entwicklung neuer Ansätze für eine nachhaltige Wertschöpfung – national und international. Unsere Umwelttechnikindustrie schreibt schon heute viele Erfolgsgeschichten und unterstützt im Export auch andere Länder z. B. in den Bereichen erneuerbare Energien, Abfallbehandlungstechnologien oder Luftreinhaltung.

Österreich hat bei der digitalen Transformation schon einiges erreicht und setzt laufend neue Akzente. Viele davon finden sich im vorliegenden Digitalisierungsbericht. Um die Digitalisierung im Sinne des Klimaschutzes weiterhin erfolgreich und nachhaltig zu gestalten und die staatlichen Instrumente gezielt einzusetzen, ist die CDO Taskforce ein wichtiges, ressortübergreifendes Abstimmungsgremium.

**Interimistischer Bundes-CDO Stv.
AL DI Dr. Franz Haider**

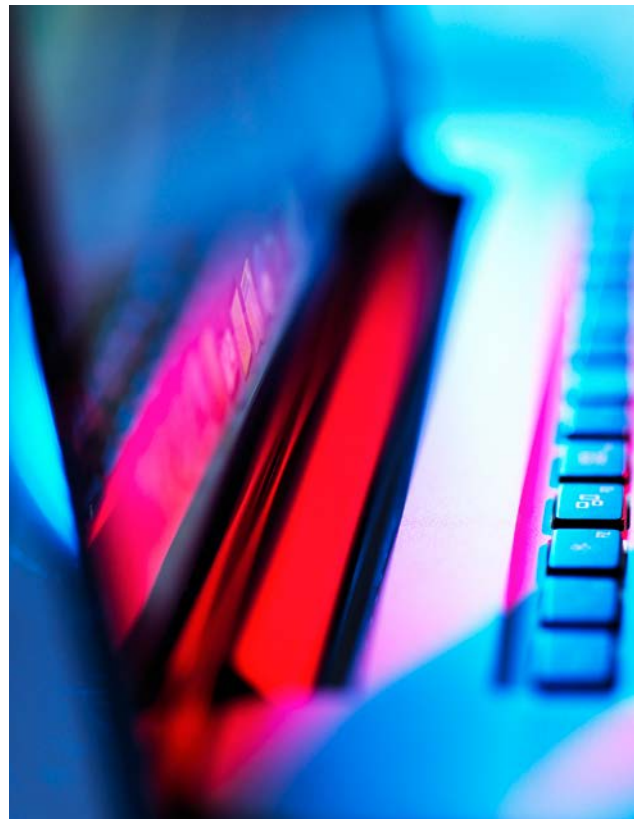
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Nachhaltig digitalisieren

Bundeskanzleramt
der Republik Österreich

Sicher und effizient digitalisieren

Das Bundeskanzleramt (BKA) nutzt digitale Instrumente für modernes Personalmanagement, fördert die Cybersicherheit und forciert die IT-Konsolidierung.



Personalmanagement Landeslehrer

Das Bundeskanzleramt setzt das Programm „Personalmanagement Landeslehrer“ (PM-LL) um. Zielsetzung des Programms ist, dass die Bundesländer für die Besoldung der Landeslehrpersonen das vom Bund bereitgestellte und betriebene IT-Verfahren für das Personalmanagement bedienen, die Daten direkt dort erfassen sowie die Daten zu den Lehrfächerverteilungen und zur äußeren Schulorganisation für die Übernahme in das Bundes-IT-Verfahren zur Verfügung stellen.

Im Programm PM-LL kooperieren BKA (Gesamtdurchführung), BMBWF (für rund 82.500 Landeslehrpersonen), BMF (für rund 49.250 pensionierte Landeslehrpersonen), BMLRT (für rund 1.900 land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen), BMKÖS sowie neun Bundesländer miteinander. Die Datenübernahme der Landeslehrpersonen und der Roll-out in den Bildungsdirektionen der Bundesländer erfolgen stufenweise. Mit Ende des Jahres 2020 wurde die Datenübernahme und die Besoldung der Landeslehrpersonen der Bundesländer Niederösterreich und Steiermark sowie der pensionierten Landeslehrpersonen von Wien für eine Produktivsetzung ab 1. Jänner 2021 erfolgreich getestet.

Aktualisierung der Österreichischen Strategie für Cybersicherheit

Unter Koordination des Bundeskanzleramtes wurde im Jahr 2020 an der Aktualisierung der Österreichischen Strategie für Cybersicherheit (ÖSCS 2.0) gearbeitet. Dabei wurden Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Forschung und Entwicklung sowie des Bundes eingebunden und die Anforderungen an eine moderne Strategie definiert.

Ziel ist, aufbauend auf den Erfahrungen mit der ersten Strategie aus dem Jahr 2013, dem Netz- und Informationssystemsystemsicherheitsgesetz (NISG) sowie den europäischen Cybersicherheitsstrategien 2013 und 2020, ein aktualisiertes Rahmenwerk zu schaffen, welches den Herausforderungen und Chancen der Cyberlandschaft Rechnung zollt. Die bisherige Strategie ist eine Erfolgsgeschichte, auf deren Basis das aktuelle Cybersicherheitslagebild für Österreich, das staatliche Government Computer Emergency Response Team (GovCERT), als zentrale Anlaufstelle bei Cybervorfällen im öffentlichen Bereich, sowie CERT.at als Computer Emergency Response Team Österreichs für den Privatsektor umgesetzt wurden.

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

Abschluss eines Single-Metrik-Vertrages mit SAP

Die öffentliche Verwaltung setzt bereits seit vielen Jahren in zentralen, systemrelevanten IT-Systemen (u. a. Personalmanagement und Haushaltsverrechnung) auf Softwareprodukte der Firma SAP. Im Rahmen der IT-Konsolidierung wurde bereits Ende 2018 mit Verhandlungen zu einem bundesweiten Lizenzvertrag mit SAP (Single Metrik) begonnen, mit dem für das Thema „Schlüsseltechnologien“ zugrunde liegenden Auftrag der Generalsekretäre, die Ziele der IT-Konsolidierung deutlich besser zu unterstützen als die bisherigen Einzelverträge. Durch die ressortübergreifende Zusammenarbeit konnte ein sehr gutes Verhandlungsergebnis erzielt werden.

Der Lizenzvertrag konsolidiert die bestehenden komplizierten Vertragswerke in eindeutigen und einfach zu handhabenden Vertragsbestimmungen. Durch diese Bündelung im Sinne der IT-Konsolidierung wurden die notwendigen Lizenzmengen angeschafft, wurde das Lizenzmanagement optimiert und wurden wesentlich bessere Konditionen gegenüber den bisherigen Einzelverträgen erreicht. Der neue Lizenzvertrag ermöglicht zudem jahrelange Planungssicherheit, den langfristig effizienten Einsatz von Budgetmitteln und bietet überdies eine wichtige Basis für weitere Digitalisierungsschritte in der öffentlichen Verwaltung.

Einführung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS)

Das Bundeskanzleramt hat im Frühjahr 2020 begonnen, sein internes IKT-Sicherheitssystem um ein zentral gesteuertes Information Security Management System (ISMS) zu ergänzen. Dieses soll ein strukturiertes Gesamtpaket an Maßnahmen, Verfahren und Regeln implementieren, um die Informationssicherheit dauerhaft im Ressort zu definieren, zu steuern, zu kontrollieren, aufrechtzuerhalten und laufend zu verbessern.

Die Einrichtung des ISMS wurde im Rahmen des Projekts „Erhöhung der Cyber-Abwehrfähigkeit im Bundeskanzleramt“ im Sommer 2020 gestartet. Es soll bis Ende 2021 in den operativen Betrieb gehen und orientiert sich am – im deutschsprachigen Raum weit verbreiteten – Standard ISO 27001.



CDO Erich Albrechtowitz

Digitalisierung, die wirkt

Die Pandemie hat auch uns letztes Jahr gefordert und Digitalisierungsprojekte weiter beschleunigt. Die Sicherstellung der vollumfänglichen Arbeitsfähigkeit trotz Corona und Home-Office war mitunter sehr arbeitsintensiv. Umso stolzer macht es mich, dass wir dennoch in der Lage waren, unsere Agenda weitestgehend zu verfolgen und wichtige Projekte zur Umsetzung zu bringen.

So wurden beispielsweise im Rahmen des Projektes „Personalmanagement für Landeslehrpersonal“ über 50.000 Kolleginnen und Kollegen an PM-SAP angeschlossen. Im Bereich der Cybersicherheit wurde gemeinsam mit Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen an einem neuen strategischen Rahmenwerk, der ÖSCS 2.0, gearbeitet, und ein Single-Metrik-Vertrag mit SAP unterstützt die Ziele der IKT-Konsolidierung der Bundesverwaltung. Mit dem Projekt „Einrichtung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) im BKA“ wird die Resilienz des BKA gesteigert.

Bundesministerium
für Arbeit



CDO Mag. Andreas Moser

Mehr Service für Bürgerinnen und Bürger

Die Möglichkeiten der Digitalisierung beeinflussen unser alltägliches Leben – im Privaten wie im Beruflichen – auf vielfältige Weise. Dies zeigte sich durch die COVID-19-Pandemie besonders deutlich. Sie verdeutlichte das Potenzial von digitalen Lösungen und wirkte, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, als maßgeblicher Beschleuniger der digitalen Transformation. Das BMA verfolgte bereits seit seiner Errichtung das Prinzip des mobilen Arbeitens. Dieser Startvorteil ermöglichte eine rasche und effektive Reaktion auf die dynamische Situation im März 2020. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt in der öffentlichen Verwaltung trägt wesentlich zu höherer Serviceleistung am Bürger bei. Die Unterstützung der digitalen Arbeitsweise wird somit auch in Zukunft Fokus der BMA-IKT sein.

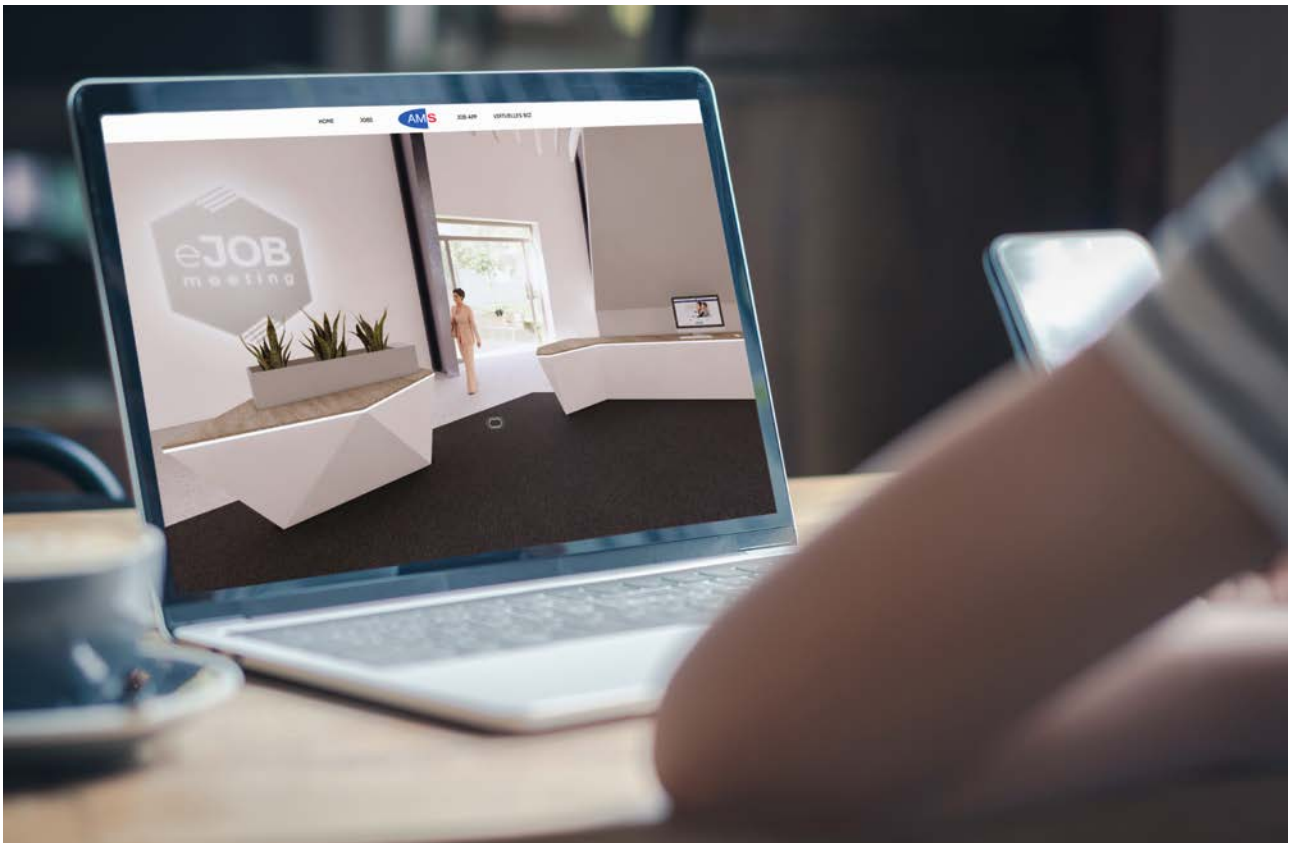
Online zu Leistungen, Fachkräften und Jobs

Das Bundesministerium für Arbeit (BMA) ist Vorreiter bei der Umsetzung der IKT-Strategie des Bundes. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen profitieren davon durch rasche Bearbeitungsprozesse und unbürokratische Unterstützungsleistungen.

BMA-Pilot zur IKT-Konsolidierung im Bund

Die IKT-Strategie des Bundes stellt ein Grobkonzept für die IKT-Konsolidierung der Bundesministerien in Kooperation mit dem Bundesrechenzentrum (BRZ) zur Verfügung. Das BMA nahm eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der IKT-Strategie des Bundes mit Schwerpunkt Prozessoptimierung ein. Dafür wurde ein auf das Pilotressort BMA angepasstes Detailkonzept erarbeitet.

Gemeinsam mit dem BRZ wurde von der BMA-IKT ein zukunftsfähiges Zusammenarbeitsmodell geschaffen, welches eine Vielzahl von Vorteilen und Leistungen anbietet. Das BMA als Pilotressort hat alle relevanten Services im Bundesrechenzentrum implementiert. Unter anderem können zukunftsweisende Technologien sowie zentral verwaltete und standardisierte Innovationen abgerufen werden, um die Produktivität zu steigern. Aufgrund von zentral verwalteten Lösungen können operative Kosten reduziert und lizenzrechtliche, geschäftliche und juristische Risiken minimiert werden. Standardisierte



Produkte und Prozesse erhöhen auch die IKT-Sicherheit, da verbesserte Möglichkeiten zur Überwachung von Hardware- und Softwarekomponenten zur Verfügung stehen und die Anzahl von bekannten Angriffsflächen reduziert wird.

Aufgrund standardisierter Leistungen wird außerdem Flexibilität bei Ein- und Ausgliederung von neuen Organisationseinheiten gesichert. Bei Umsetzung der IKT-Konsolidierung in anderen Ressorts könnten organisatorische Änderungen anhand der Erfahrungen im Pilotressort BMA deutlich einfacher, schneller, dynamischer und kostengünstiger durchgeführt werden.

Das BMA kann allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mobile Arbeitsfähigkeit garantieren. Das innovative Konzept dafür wurde im Zuge des Corona-Familienhärteausgleichs als Pilotprojekt in Kooperation mit dem BRZ implementiert – und hat seinen Mehrwert für die Bürger und Bürgerinnen rasch unter Beweis gestellt.

eJOBmeeting: Jobs und Fachkräfte online finden

Die Reduktion von Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Betriebe ist eine wichtige Herausforderung für den Standort

Österreich. Von der Corona-Pandemie sind jedoch auch die klassischen Vermittlungswege im Arbeitsmarktservice betroffen. Viele Betriebe suchen trotz Corona-Pandemie jedoch nach wie vor Arbeitskräfte. Für diese Betriebe braucht es daher Alternativen zu bestehenden Vermittlungsformaten.

Das Projekt eJOBmeeting ist ein neues Online-Tool des Arbeitsmarktservice Österreich. Als virtuelle Jobbörse bietet es in Zeiten von Corona eine Alternative zu traditionellen Jobbörsen. Der virtuelle AMS-eJOBmeeting-Messestand ermöglicht Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitssuchenden, sich zeitgemäß, ortsungebunden und flexibel zu präsentieren – und nimmt dabei Bedacht auf Datenschutz. Auch über die Zeiten der Pandemie hinaus können mit Hilfe des eJOBmeetings virtuelle Jobbörsen, Vorauswahlen und überregionale Vermittlungen auf unkomplizierte Art umgesetzt und abgewickelt werden. Nach einer erfolgreichen Pilotphase soll das Projekt daher österreichweit ausgerollt werden.

Das eJOBmeeting unterstützt das BMA, den AMS-Kundinnen und -Kunden ein leistungsfähiges Online-Angebot zur Verfügung zu stellen. Mit eJOBmeeting kann kosten- und personalsparend auf die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden wie der Arbeitgeber eingegangen werden. Alle Ergebnisse stehen zudem in Echtzeit zur Verfügung.

Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft
und Forschung



Zukunft digital bilden

Sowohl im Schulwesen als auch im Hochschulbereich und in der Forschung forciert das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) die digitale Transformation und fördert österreichische Spitzenleistungen.

Digitale Schule: Digitaler Unterricht mit Plan

Durch die COVID-19-Krise hat die Digitalisierung in der Bildung einen Schub erhalten. Mit dem Programm „Digitale Schule“ erfolgen nun die flächendeckende Umsetzung des digital unterstützten Lehrens und Lernens sowie die Implementierung innovativer Lehr- und Lernformate in acht prioritären Handlungsfeldern (s. auch Seite 27). Das Portal Digitale Schule (PoDS) stellt als Single Point of Entry die wichtigsten Verwaltungs- und pädagogischen Applikationen zur Verfügung und verbessert die Kommunikation zwischen Lehrenden, Lernenden und Erziehungsbere-

tigten. Seit Dezember 2020 ist es an allen Bundes-schulen im Einsatz und wird kontinuierlich erweitert. Schwerpunkt des Programms „Digitale Schule“ ist die Ausgabe digitaler Endgeräte an Schülerinnen und Schüler der 5. Schulstufe (2021/22 einmalig auch der 6. Schulstufe). Damit werden die pädagogischen und technischen Voraussetzungen für IT-gestützten Unterricht an der Sekundarstufe I geschaffen. Bereits im ersten Umsetzungsjahr erreicht die Maßnahme mehr als 1.510 Schulen, das sind 93 Prozent der Zielgruppe.



*An der Ausgabe digitaler Endgeräte
an Schülerinnen und Schüler beteiligten sich
schon im ersten Umsetzungsjahr*

1.510
Schulen, das sind



93%
der Zielgruppe.

Hochschulen: Digitale und soziale Transformation im Fokus

Zusätzlich zu den Zielen und Vorhaben in den Leistungsvereinbarungen hat das BMBWF 50 Mio. Euro im Rahmen der Universitätsfinanzierung der Jahre 2019–2021 für eine kompetitive Ausschreibung zum Thema „Digitale und soziale Transformation in der Hochschulbildung“ reserviert. Wenngleich Ausbau und Weiterentwicklung von Informationstechnologie und Infrastruktur bereits seit vielen Jahren eine hochschulpolitische Priorität des Ressorts sind (z. B. Förderung von Projekten im Bereich Open Access und Open Education, Förderung von Blended Learning und E-Learning-Formaten), handelt es sich hier – entsprechend der Strategie im Sinn von „*auch (!) digital, in allem, was sie tun*“ – um die erste explizit dem Thema Digitalisierung gewidmete Ausschreibung. Die Umsetzung der Projekte erfolgt bis 2024 (s. auch Universitätsbericht 2020).

Forschung: Infrastrukturen ausbauen

Im Bereich der Forschung sind konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, internationale und europäische Forschungsinfrastrukturen sowie E-Infrastrukturen von großer Bedeutung. Das BMBWF führt daher bestehende Instrumente und Maßnahmen (wie z. B. die Forschungsinfrastrukturdatenbank) weiter und trifft Vorsorge für Neuerungen bei Großforschungsinfrastrukturen.

Der Zugang zur internationalen Großforschungsinfrastruktur ist für die Grundlagenforschung sowie für die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung (F&E) essenziell. Neben der Absicherung aktueller Mitgliedschaften (BBMRI, ESRF, EMBL, ILL, CTA usw.) werden an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen orientierte neue Mitgliedschaften bzw. Teilnahmen (z. B. in den Bereichen Klima, Geologie, Biodiversität, Aerosole) geprüft.

Das Ressort beteiligt sich aktiv an Plattformen und Netzwerken im Bereich des gesellschaftlichen Wandels, beispielsweise an der europäischen Time Machine Organisation im Bereich Artificial Intelligence und Kulturerbe, am Consortium of European Social Science Data Archives (CESSDA) und an der European Holocaust Research Infrastructure (EHRI).



CDO SCⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ
Iris Rauskala

Den „21st Century Skills“ weiter nähergekommen

Die COVID-19-Krise hat alle Beteiligten im Bildungs- und Wissenschaftssystem vor enorme Herausforderungen in der Durchführung des Lern- und Lehrbetriebs an Schulen und Hochschulen gestellt. Gleichzeitig ist das Jahr wie wohl keines davor eine Chance für die Digitalisierung.

Wir sind den „21st Century Skills“ einen großen Schritt nähergekommen und erleben, dass wir der Krise zumindest im Bildungssystem nicht hilflos gegenüberstehen. Digitale Grundkompetenzen zu vermitteln und eine gute Ausstattung der Institutionen entlang der Bildungskette zu erreichen, muss auch im Jahr 2021 unser Hauptaugenmerk sein.

Bundesministerium

für europäische und internationale
Angelegenheiten



CDO Mag.ª Sonja Harreither

Digitale Services ohne Grenzen

Digitalisierung ist auch im BMEIA ein besonders wichtiges Thema: Sie beschleunigt komplexe Arbeitsprozesse insbesondere bei geografischer und räumlicher Trennung. Die in Kooperation erstellte Heimflug-Plattform zur Betreuung und historisch größten Repatriierung Tausender Bürgerinnen und Bürger war ein beispielhaftes Projekt. Im konsularischen Bereich hat sich gezeigt, dass etwa die Möglichkeit der Online-Beantragung von Urkunden und Services von besonderer Relevanz ist. Seit 1. September 2020 können Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes durch sogenannte Anzeigelegung die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben.

Um dieses Angebot effizient und bürgernah gewährleisten zu können, wurde vom BMEIA in Abstimmung mit der Magistratsabteilung 35 der Stadt Wien gemeinsam ein Online-Fragebogen erstellt. Bisher wurde der Fragebogen über 13.000-mal erfolgreich abgeschlossen.

Krisen- management ohne Grenzen

Die Digitalisierungsprojekte des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) verfolgen das Ziel, Österreicherinnen und Österreichern im Ausland rasch benötigte Unterstützung und wichtige Serviceleistungen zukommen zu lassen.

Home-Office & Digitale Arbeitsprozesse

Der Grundsatz „anywhere, anytime at any device“ gilt im weltweit aktiven BMEIA für die digitale Arbeitsausstattung seit Jahren. Um das volle Leistungsspektrum für Bürgerinnen und Bürger auch während der Lockdown-Phasen weiter erbringen zu können, wurde die Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Home-Office und Videokonferenzen weiter ausgebaut. Aufgrund der stark ansteigenden Anrufzahlen im Call-Center des BMEIA wurde auch diese Infrastruktur erweitert und modernisiert. Beispielsweise haben die BMEIA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter die Möglichkeit erhalten, mittels „Softphones“ auch aus dem Home-Office Anrufe an das Call-Center anzunehmen.



Größte Rückholaktion in der Geschichte des BMEIA im Zuge der COVID-19-Krise

Bei der Repatriierung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufgrund der COVID-19-Krise spielten die digitale Krisen- und Kontaktdatenbank des BMEIA und die in enger Kooperation mit Partnerinnen und Partnern konzipierte Heimflug-Plattform eine zentrale Rolle: Damit konnten rund 7.500 Bürgerinnen und Bürger auf 39 Sonderflügen aus 29 Staaten sicher nach Hause gebracht werden und Tausende im Ausland befindliche Betroffene mit ihren persönlichen Anliegen erfasst und weltweit unterstützt werden. Auf Basis einer Evaluierung wird diese Datenbank laufend weiterentwickelt.

Visadigitalisierung bringt mehr Benutzerfreundlichkeit

Das Visasystem des BMEIA ist an rechtliche Rahmenbedingungen gebunden, die auch den Grad der Automatisierung bestimmen. Rechtlich möglich und digital umgesetzt werden im Rahmen des Projekts VIS 2.0 unter anderem:

- die elektronische Antragserfassung mit digitalen Begleitdokumenten (Anträge nicht mehr handschriftlich, sondern online mit intelligenter Menüführung),
- die Erstellung von Verfahrensdokumenten (z. B. Bescheiden) direkt aus der Applikation,

- ein Application Tracking (Schaffung der Möglichkeit, jederzeit den Status des Antrags online zu überprüfen) sowie
- ein elektronisches Feedback-Formular zur Feststellung der Kundenzufriedenheit.

Zum einen wird das System für Bürgerinnen und Bürger dadurch leichter zugänglich und besser anwendbar. Zum anderen werden Verwaltungsprozesse gestrafft.

Online-Fragebogen zur Staatsbürgerschaft für Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes

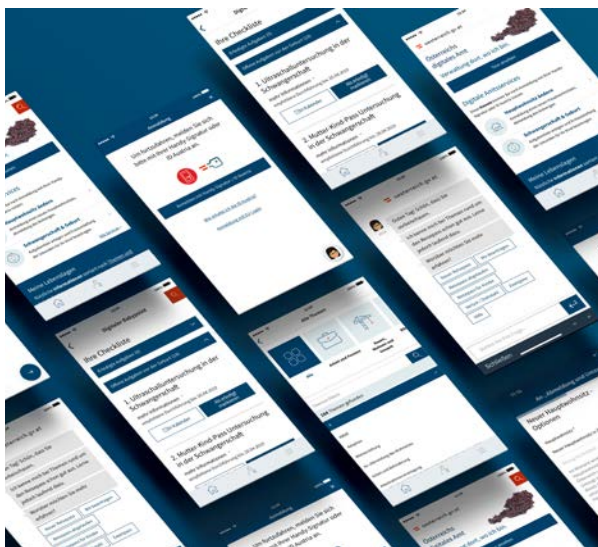
Das österreichische Parlament hat im Oktober 2019 als Ausdruck der historischen Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Nachkommen einstimmig eine Novelle zum österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetz beschlossen: Seit 1. September 2020 können Nachkommen von NS-Opfern durch sogenannte Anzeigelegung die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben.

Um dieses Angebot so effizient und bürgernah gewährleisten zu können, wurde vom BMEIA in Abstimmung mit der Magistratsabteilung 35 der Stadt Wien gemeinsam ein Online-Fragebogen erstellt. Diese Unterstützung wird intensiv genutzt: Bisher wurde der Fragebogen über 13.000-mal erfolgreich abgeschlossen.

Bundesministerium
für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Mit Digitalisierung Wertschöpfung und Zukunft sichern

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) stellt mit digitalen Leitprojekten wichtige Weichen für mehr Wachstum und Wertschöpfung in Österreich. Die digitale Transformation ist ein entscheidender Hebel für die Entlastung von Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern.



Erste Adresse für Verwaltungswege: oesterreich.gv.at und App „Digitales Amt“

Mit *oesterreich.gv.at* hat Österreich eine umfassende Online-Plattform, auf der Bürgerinnen und Bürger zeit- und ortsunabhängig („Verwaltung dort, wo ich bin“) auf ihren Desktops oder mobilen

Geräten Informationen abrufen sowie Amtswege erledigen können. 2020 verzeichnete *oesterreich.gv.at* über 40 Millionen Besucherinnen und Besucher, die über 97 Millionen Seiten aufgerufen hatten.

Noch mehr mobilen Komfort bei der Nutzung des Angebots von *oesterreich.gv.at* bietet die kostenlose „Digitales Amt“-App. Seit dem Launch im März 2019 wurde die App über 300.000-mal aus den App Stores heruntergeladen. Über diesen zentralen M-Government-Zugang ist das gesamte digitale Informationsangebot des Bundes uneingeschränkt zugänglich.



97 Mio.

Seitenaufrufe auf
oesterreich.gv.at

Ö-Cloud-Initiative stärkt Datenwirtschaft

Cloud-Dienste spielen eine entscheidende Rolle dafür, dass Betriebe aus Daten mehr Wertschöpfung machen können. Laut KMPG-Cloud-Monitor nutzen in Österreich 47 Prozent der Betriebe ab 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Cloud-Lösungen, in Deutschland sind dies aber schon 76 Prozent. Ein Grund für die geringere Nutzung von Cloud-Diensten ist mangelndes Vertrauen: 45 Prozent der Unternehmen nutzen Cloud-Dienste nicht, weil sie Angst vor unberechtigtem Zugriff auf sensible Unternehmensdaten haben. 98 Prozent fordern daher von Anbietern Konformität mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSVGO) ein.

Genau dieser Anforderung kommt das BMDW mit seiner Ö-Cloud-Initiative nach. Sie schafft den notwendigen standardisierten Rahmen dafür, dass der Datenschutz unserer Unternehmen bestmöglich gesichert ist und auf dieser Basis besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze genutzt werden kann: Anbieter von Cloud-Diensten in Österreich verpflichten sich im Rahmen der Ö-Cloud-Initiative zur Einhaltung strenger, transparenter europäischer Sicherheitsstandards, Rechtssicherheit sowie zur DSGVO.

oe-cloud.gv.at

ID Austria bringt einfach sichere Kontakte

Damit der Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltung online einfach und sicher ist, setzt das BMDW gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres (BMI) ID Austria um – den sicheren elektronischen Identitätsnachweis. So kann man Verwaltungs- und Geschäftsprozesse auf Basis einer modernen digitalen Infrastruktur rasch und sicher abwickeln.

Wichtig: Man legt dabei immer selbst fest, welche personenbezogenen Daten an andere digital weitergegeben werden dürfen. Zusätzlich zur vollen Datenhoheit und Rechtssicherheit bringt ID Austria Schutz vor Identitätsdiebstahl und Cyberkriminalität. Dank dieser Weiterentwicklung der Handy-Signatur ist es möglich, seine persönlichen Ausweise künftig auch digital zur Verfügung zu haben.

Unternehmensservice-Portal noch nutzerfreundlicher

Auch für Unternehmen bietet das BMDW ein großes Serviceportal: Das USP bietet den direkten Zugang zu 70 Services. Um den Unternehmen noch bessere Übersichtlichkeit und eine leichtere Handhabung aller Features am USP zu bieten, wurde nach der ersten großen Umstellung 2020 nun auch die Log-in-Maske und die Funktion der Unternehmensauswahl sowie des Unternehmenswechsels in das neue Design übergeführt. Damit bietet das USP Unternehmen eine übersichtlichere Möglichkeit, sich für den persönlichen Arbeitsplatz „Mein USP“ anzumelden, zusätzlich optimiert für den mobilen Einsatz.

usp.gv.at

Digitalisierung der Verwaltung modern steuern

Die Reporting Plattform des BMDW ermöglicht es, den Stand der unterschiedlichen Digitalisierungs-Großprojekte auf einen Blick zu erfassen und daraus spezifische Maßnahmen ableiten zu können. Damit liefert die Reporting Plattform Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern örtlich unabhängig und in entsprechender Aktualität die steuerungsrelevanten Kennzahlen als fundierte Grundlage für erfolgreiche Digitalisierung.

reportingplattform.gv.at



CDO AL Mag. Wolfgang Ebner

Digitalisierung mit Plan und Strategie

Als bei der digitalen Transformation der Verwaltung federführendes Ressort ist es dem BMDW ein großes Anliegen, auf Basis einer klaren Strategie effektiv und transparent vorzugehen.

Mit dem Digitalen Aktionsplan Austria haben wir dazu eine fundierte Grundlage geschaffen: Er umfasst ein digitales Zukunftsbild mit politischen Gestaltungsgrundsätzen und Schwerpunkten, Handlungsfeldern, prioritären Zielen und einem Maßnahmenplan, der laufend aktualisiert, abgestimmt und weiterentwickelt wird. So stellen wir sicher, dass Digitalisierung in Österreich für Wachstum, Arbeit, Wohlstand und Zukunft bestmöglich genutzt wird.

Wissenschafts- Check

Welche Chancen bietet erfolgreiche digitale Transformation für den Standort Österreich? Welche staatlichen Rahmenbedingungen sind für erfolgreiche Digitalisierung besonders wichtig? Welche Chancen hat der Digital-Standort Österreich im internationalen Wettbewerb? Expertinnen und Experten sagen, was für erfolgreiche Digitalisierung in Österreich besonders wichtig ist.

e. o. Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt
Leiter Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung



„Österreich nimmt im Bereich E-Government in Europa eine gute Position ein. Die öffentliche Hand kann mit digitalen Services für Bürgerinnen und Bürger

sowie Unternehmen ein relevanter Treiber der digitalen Transformation sein. Damit sich Österreich insgesamt zu einem führenden Digital-Standort entwickeln kann, ist die Verbesserung der digitalen Fähigkeiten in der breiten Bevölkerung ein wichtiger Schlüssel. Neben generellen ‚Digital Skills‘ sollte der steigende Bedarf an IKT-Fachkräften nicht aus den Augen verloren werden. Das Bildungssystem kann hier eine entsprechende Hebelfunktion einnehmen. Darüber hinaus kann der digitale Wandel vor allem im Zusammenspiel mit funktionierender Infrastruktur optimal umgesetzt werden.“

Univ.-Prof.ⁱⁿ Edeltraud Hanappi-Egger
Rektorin Wirtschaftsuniversität Wien



„Ein Blick über die Landesgrenzen hinweg zeigt: Führende Nationen im Bereich Digitalisierung & Innovation setzen auf Einbindung von Wissenschaft und For-

schung. Denn sie liefern wichtige Antworten und Erkenntnisse im Umgang mit digitaler Transformation, loten Potenziale aus und treiben so Entwicklungen voran. An Österreichs Universitäten und Forschungseinrichtungen ist umfassende wissenschaftliche Expertise vorhanden. Wird diese entsprechend abgerufen, kann sie das Land sicherlich dabei unterstützen, zu einer der besten Innovationsregionen in Europa zu werden.“

Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Parycek
Leitung Department E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung, Donau-Universität Krems



„Die digitale Transformation der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung braucht neben den sozio-technischen Innovationen im Besonderen auch recht-

liche Innovation. Dies betrifft einerseits die legislatischen Grundlagen mit der Schaffung digitalisierungstauglicher Gesetze und andererseits rechtliche Innovationsräume zur Testung von digitalen Services und deren Regulierung.“

Univ.-Prof. Dr. Sepp Hochreiter

Vorstand des Instituts für Machine Learning,
JKU, ELLIS Board Member



„Neue Machine-Learning-Technologien sind die treibende Kraft der AI-Revolution, die unser Leben und unsere Wirtschaft grundlegend verändern wird.“

Während viele dieser neuen Technologien in Europa erfunden wurden, erfolgte ihre wirtschaftliche Umsetzung meist in Amerika und China. Das soll sich ändern. Jetzt haben wir die einmalige Chance, die weltweite AI-Revolution nach europäischen Maßstäben zu gestalten und die europäische Führung in der produzierenden und verarbeitenden Industrie durch AI weiter auszubauen. Wie andere europäische Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Finnland, Belgien) kann auch Österreich durch eine AI-Universität mit starken Beziehungen zur Wirtschaft im ELLIS-Verbund diese Chance wahrnehmen.“

Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Monika Köppl-Turyna

Direktorin EcoAustria



„Abseits der flächendeckenden Verfügbarkeit sind E-Literacy und eine hinreichende Zahlungsbereitschaft wesentliche Voraussetzungen, damit digitale

Infrastrukturen und Dienste ihren Nutzen in Normalzeiten, aber auch in Krisenzeiten voll entfalten können. Dies wird dazu beitragen, dass bedeutende digitale Dienste (Home-Office-Anwendungen, Cloud Computing, VPN, E-Government, E-Health, E-Teaching) stärker genutzt werden. Wichtig ist deshalb, neben angebotsseitigen Förderprogrammen auch die nachfrageseitige Adoption (z. B. über Voucher) in Verbindung mit entsprechenden Bildungsprogrammen zu fördern.“

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Petra Schaper-Rinkel

Vizerektorin für Digitalisierung,
Karl-Franzens-Universität Graz



„Erfolgreiche digitale Transformation braucht den Blick aus der Zukunft sowie Visionen, die nicht nachhaken wollen, was andere tun, sondern aus der Zukunft

der Gesellschaft heraus aktiv gestalten. Essenziell sind interdisziplinäre Grundlagenforschung zu digitalen Optionen und experimentelle Projekte zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Den Erfolg sichert eine Innovationspolitik, die Demokratie ins Zentrum stellt und daher Freiheit, Gleichheit und Bürgerrechte zu den unhintergehbaren Designprinzipien des digitalen Wandels macht.“

Univ.-Prof. Dr. Wilfried Sihl

Geschäftsführung Fraunhofer Austria Research GmbH



„Digitale Transformation ermöglicht dem Standort Österreich die Erschließung neuer Absatz- und Beschaffungsmärkte durch globale Präsenz auf digitalen Plattformen. Durch den relativ umfangreichen Automatisierungs- bzw. Technologieeinsatz in der Industrie bei gleichzeitig noch geringem Vernetzungsgrad der Prozessketten können Potenziale zur Effizienzsteigerung genutzt und relevante Kosteneinsparungen erzielt werden. Neue digitale Geschäftsmodelle ermöglichen einen längeren Verbleib im Produktlebenszyklus. Für den Digital-Standort Österreich eröffnen sich im internationalen Wettbewerb neue Chancen: Neue Schlüsselbranchen können erschlossen bzw. bestehende weiterentwickelt werden. Es bietet sich dabei die Neuinterpretation des Qualitätssiegels ‚Made in Austria‘ im Sinn einer ‚digitalen Edition‘ an.“

Bundesministerium
für Finanzen



CDO Dr. Manuel Zahrer

Unsere Services fördern Wachstum

Mit dem Chatbot Fred haben wir eine neue Stufe bei der Digitalisierung der Finanzverwaltung erreicht. Der sympathische Fred erfreut sich seit seiner „Geburt“ im September 2019 größter Beliebtheit. Er spart uns allen Zeit und Geld. Durch das wesentlich vereinfachte und verbesserte Kundenservice werden in Unternehmen Kapazitäten frei, die für zusätzliche Wachstumsimpulse der österreichischen Wirtschaft sorgen. Im Interesse von Wirtschaft und Arbeitsplätzen setzen wir auch Methoden der Predictive Analytics ein und bekämpfen mit unserem Programm DAI-SY Betrug, damit ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschützt werden und Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen haben. Damit sind wir als Finanzverwaltung im internationalen Vergleich im Spitzenfeld positioniert.

Die digitale Rechnung stimmt

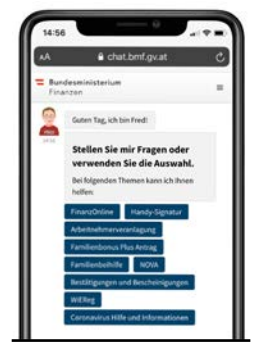
Das Bundesministerium für Finanzen fördert mit digitalen Tools zeitsparende Services für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Auch die Steuergerechtigkeit wird digital noch besser geschützt – damit die Rechnung für alle stimmt, die ehrlich ihre Steuern zahlen.

Chatbot „Fred“ hilft weiter

Chatbot Fred ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Digitalisierung des Kundenservice der Finanzverwaltung. Ziel ist die Beibehaltung der hohen Servicequalität bei einer stetig wachsenden Zahl an Kundenanfragen. Sind im Moment noch Privatpersonen sowie Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer die Hauptzielgruppe des lernenden Chatbots, sollen künftig auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über Fred Auskünfte erhalten können. Gerade für KMU bedeutet das, rascher, einfacher und ohne Bürokratieaufwand zu Informationen und Auskünften zu kommen. Erreicht wird das einerseits durch eine automatisierte Beantwortung der häufigsten Anfragen mittels sogenannten Machine Learnings und andererseits durch die Möglichkeit von Live-Chats mit der Finanzverwaltung – für den Fall, dass Fred eine Frage noch nicht beantworten kann.

Allein in den ersten sechs Wochen des Jahres 2021 wurde Fred 33.600-mal aufgerufen. Er führte 21.500 Konversationen mit anfragenden Personen. Künftig soll Fred auch datenschutzkonform personenbezogene Daten verarbeiten können. Dies bedeutet, dass bald auch automatisierte Auskünfte personalisiert und noch besser auf den jeweiligen Steuerpflichtigen zugeschnitten werden können, etwa die Auskunft über den Status einer Steuererklärung.

chat.bmf.gv.at





Digitales Kundenservice spart Zeit und Geld

Kundenservice ist ein wichtiges Thema für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung. Digitale Tools wie FinanzOnline werden vom BMF dafür mit automatisierten Auskunftsservices verknüpft. Bei Bedarf wird nahtlos an professionell ausgebildete, freundliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergegeben. Dies geschieht österreichweit einheitlich in einem „Multi-Media“-Kontaktzentrum. Jede und jeder hat damit die Wahl, wie für ihn oder sie die beste persönliche Unterstützung aussieht: ob über Chat oder Telefon, ob Vor-Ort-Besuche oder über E-Mail. Die Dienststellen bleiben regional vor Ort erhalten, aber das Kundenservice wird auch über Internet und Telefon angeboten.

Steuerberaterinnen und Steuerberater werden durch die Eingabe der Steuernummer einer Klientin oder eines Klienten auch am Telefon ganz automatisch in das richtige Team zur Bearbeitung des Steueraktes verbunden. Termine werden vorab themenspezifisch digital gebucht. Wartezeiten sind Geschichte – und die Information, welche Unterlagen ins Amt mitzubringen sind, wird bei der Terminauswahl gleich mitgeliefert.

Über die Co-Creation-Plattform e3lab (www.e3lab.at) des BMF werden die Kundinnen und Kunden zur e-Partizipation eingeladen, um Serviceleistungen gemeinsam weiterzuentwickeln.

Digitale Betrugsbekämpfung

Dass die Digitalisierung in der Betrugsbekämpfung wertvolle Dienste leistet, zeigt sich auch am Beispiel der Corona-Hilfszahlungen. Um möglichen

Missbrauch der veranschlagten Hilfgelder frühestmöglich zu erkennen, wurden entsprechende Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung schon im Aufbau und bei der Auszahlung der unterschiedlichen Hilfen implementiert. Und das aus guten Gründen: Bereits 1 Prozent Betrugsvolumen hätte einen Ausfall von 380 Mio. Euro bedeutet. Daher ist diese Maßnahme nicht nur aus präventiver, sondern auch aus fiskalpolitischer Sicht sinnvoll.

Bei der Umsetzung konnte auf bestehendes Know-how und auf vorhandene Infrastruktur im Bereich Predictive Analytics zurückgegriffen werden. Ein hoher Automatisierungsgrad, enormes fachliches Know-how und bereits getätigte Investitionen in Personal und Entwicklung innovativer Technologien führten dazu, dass Österreich die Hilfen im internationalen Vergleich viel schneller auszahlen konnte, ohne dabei die Betrugsbekämpfung zu vernachlässigen. Von der Antragsstellung bis zur ersten Auszahlung dauerte es im Durchschnitt trotz Tausender Anträge weniger als zwei Wochen.

DAI-SY sorgt für Steuergerechtigkeit

DAI-SY steht für Daten-Analyse und Informationssystem – und ist der Name eines neuen Betrugsbekämpfungssystems der Finanzverwaltung. Im Rahmen eines Forschungsprojektes im BMF wurde eine entsprechende Software entwickelt. DAI-SY nutzt neue Methoden der automatischen Erkennung und inhaltlichen Analyse von Dokumenten zum Aufdecken von Betrugsmustern. Das System trägt dazu bei, Marktverzerrungen aufgrund unredlicher Praktiken zu reduzieren und somit faire Bedingungen und Wachstumschancen für alle österreichischen Unternehmen zu schaffen.



Sicher digital

Mehr Sicherheit durch digitalen Datenaustausch und modernste Ausbildung forciert das Bundesministerium für Inneres mit seinen Digitalisierungsprojekten.

Schneller zum Einsatz

Im Zuge des Projekts „Leitstelle Neu“ hat das Bundesministerium für Inneres (BMI) ca. 100 polizeiliche Leitstellen zu neun Landesleitzentralen für Notrufannahme und Einsatzdisposition zusammengelegt. Dabei wurde auch eine entsprechende Applikationsunterstützung in Form eines österreichweiten Einsatzleit- und Kommunikationssystems (ELKOS) implementiert.

Alle neun Landesleitzentralen greifen mit ELKOS auf vier georedundante Rechenzentren zu und haben dadurch enorme Flexibilität in der Bearbeitung von Einsätzen und Ausfallsicherheit. Seit 21. Juli 2020 sind alle neun Landesleitzentralen in Betrieb und ist ELKOS österreichweit im Einsatz. Das System sieht bereits heute Schnittstellen zu anderen Organisationen für digitalen Datenaustausch sowie die Entgegennahme eines textbasierten Notrufs vor. Weitere Digitalisierungsschritte, wie etwa der Betrieb der zentralen Plattform für textbasierte Notrufe für sämtliche Notruforganisationen Österreichs, sind in Planung.

Zukünftig soll auch das europaweite Funktionieren eines textbasierten Notrufs gewährleistet werden – vergleichbar mit der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112.

Dolmetschdienste per Video

In das Dolmetschregister (DMR) wurde eine Buchungsfunktion für die dislozierte Zuziehung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern per Video integriert. Über das DMR-Buchungssystem können Bedienstete die verfügbaren Videokonferenzendpunkte reservieren. Die Einbindung der Behörden-PCs über einen internen Chat-Client ermöglicht ein noch flexibleres Einsatzpotenzial. Dolmetscherinnen und Dolmetscher erhalten nach erfolgreicher Buchung automatisch ein E-Mail mit den Informationen, zu welchem nächstgelegenen Videokonferenzendpunkt der Behörde sie kommen müssen.

Der Einsatz von Videodolmetsch-Sitzungen bietet für die verfahrensführenden Bediensteten, die einzuvernehmenden Parteien, aber auch für die Dolmetscherinnen und Dolmetscher klare Vorteile. Das höhere Einsatzvolumen bei niedrigeren Reiseaufwänden führt aufseiten der Behörden zu geringeren Kosten, kürzeren Verfahrensdurchlaufzeiten und schafft somit für alle Beteiligten eine Win-win-Situation.

Neue Qualität der Cyberausbildung

Der digitale Wandel eröffnet gerade für Polizei und Sicherheitsverwaltung neue Chancen, stellt sie aber gleichzeitig auch vor neue Herausforderungen. Das BMI hat daher im Jahr 2020 seine elektronische Lernplattform (e-Campus), auf die alle knapp 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zugriff haben, upgegradet und das E-Learning-Center mit neuen Produktionsmöglichkeiten ausgestattet. So wurden in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten spezifische Online-Trainings zu Themen wie „Handlungssicherheit im Umgang mit der IT“, „Cybercrime und Cybersicherheit“ und „Datenschutz-Grundverordnung“ entwickelt, die bereits am e-Campus des BMI für alle Bediensteten freigeschaltet sind.



Dabei werden die wesentlichen Themen rund um Cybersicherheit im Arbeitsalltag behandelt, wie etwa Kennwortsicherheit, Verschlüsselung, Schadsoftware und Social-Engineering-Techniken. Diese Themen werden verstärkt auch in die Polizeiliche Grundausbildung (PGA) mit einbezogen. Das Phänomen Cybercrime wird auch in den Lehrenden-Fachzirkeln, insbesondere in den Bereichen Strafrecht und Kriminalistik, forciert. Durch die Schaffung des Fachzirkels „Digitale Einsatzkommunikation“ wird zudem auch dem Umgang mit digitalen Einsatzmitteln Rechnung getragen. Außerdem arbeitet das BMI Konzepte für eine Modernisierung des Aus- und Weiterbildungsbetriebes aus.



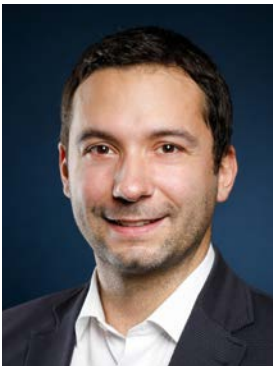
CDO SC Hermann Feiner

Digitalisierung – aber sicher!

Österreich verfügt über ein sehr hohes Sicherheitsniveau und eine oft beneidete hohe Lebensqualität. Um diese Standards zu halten und nach Möglichkeit weiter zu erhöhen, müssen die Vorteile der Digitalisierung auch im Polizeibereich konsequent genutzt werden.

Die Zukunftsfitness des Standorts Österreich profitiert von der Digitalisierung von Amtswegen, wie etwa durch die elektronische Diebstahlsanzeige, aber auch von Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Exekutive, wie der Einführung eines österreichweit einheitlichen, modernen Einsatzleitsystems und der verstärkten Nutzung von E-Learning. Für das BMI gilt: Digitalisierung – aber sicher!

Bundesministerium
für Justiz



CDO Mag. Martin Hackl, BSc

So funktioniert digitaler Change!

Die Digitalisierung der Verfahrensführung an den Gerichten und Staatsanwaltschaften stellt ob der Komplexität in den unterschiedlichen Verfahrenssparten eine immens große Herausforderung dar. Umso mehr freut es mich, dass das Konzept dahinter mittlerweile eine sehr hohe Akzeptanz erfährt. Den maßgeblichen Erfolgsfaktor stellt dazu der stets enge Austausch mit den Praktikerinnen und Praktikern an den Gerichten und Staatsanwaltschaften dar. So funktioniert aus meiner Sicht digitaler Change.

Mit JustizOnline können wir die Vorteile einer digitalen Justiz nun auch unmittelbar für Verfahrensbeteiligte zur Verfügung stellen – mit dem Launch ist der Startschuss für ein sukzessiv wachsendes digitales Serviceangebot gelungen.

Einfach zum Recht

Der einfache und sichere Zugang zum Recht sowie moderne Verfahren sind zentrale Ziele des Bundesministeriums für Justiz (BMJ) bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten. Davon profitieren Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe.

Justiz 3.0 bringt digitale Verfahrensführung

Mit der strategischen Initiative Justiz 3.0 arbeitet das BMJ – unter Einbeziehung aller Berufsgruppen und Standesvertretungen – an vollständig digitalen Arbeitsabläufen und den dafür notwendigen IT-Arbeitsplätzen an Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Für die digitale Verfahrensführung werden etwa IT-Lösungen zur dienststelleninternen Aufgabenbearbeitung sowie zur digitalen Aktenführung bereitgestellt. Der digitale Akt ist dabei jederzeit im Rahmen eines differenzierten Berechtigungskonzeptes verfügbar, sodass effizientes paralleles Lesen und Bearbeiten möglich ist. Die elektronische Akteneinsicht spart nicht nur den Verfahrensbeteiligten Zeit und Aufwand, sondern entlastet auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz.

Nachdem im Vorjahr die Arbeiten für den Rollout intensiviert wurden, konnten große Fortschritte erzielt werden: Mit Ende Jänner 2021 arbeiten an 42 Dienststellen rund 1.000 Justizmitarbeiterinnen und Justizmitarbeiter mit Justiz 3.0. Sie haben mehr als 70.000 Verfahren ausschließlich digital geführt und über 37.000 Verhandlungen mit Bezug auf digitale Akten durchgeführt. Damit konnten Ausdruck und Lagerung von bereits 1,5 Mio. Dokumenten mit 7,5 Mio. Seiten vermieden werden.

[bmj.gv.at](https://www.bmj.gv.at)

Mit JustizOnline rasch und transparent informiert

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erwarten sich von einer modernen, transparenten und bürgernahen Justiz, dass sie auf ihre Fragen möglichst rasch und unkompliziert eine Antwort erhalten. Mit JustizOnline sollen einerseits bisher notwendige Wege zu Gericht entfallen und andererseits rasch Informationen und Antworten zur Verfügung gestellt werden. Der Chatbot „Justitia“ leitet Informationssuchende zielgerichtet zu den für sie relevanten Informationen und Funktionen. Er beantwortet zudem einfache Fragen im Justiz-Kontext.

Mit der Pilotierung von Justiz 3.0 und der Möglichkeit einer vollständig digitalen Aktenführung wurde die elektronische Akteneinsicht komplett überarbeitet (s. o.), verbessert und an die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern angepasst. Der Gerichtsakt wird in digital geführten Verfahren nun vollständig wiedergegeben – inklusive aller Schriftsätze, Beilagen und vom Entscheidungsorgan getroffener Verfügungen. Damit wird auch dem großen Wunsch nach Information über den Verfahrenslauf und den aktuellen Stand eines Gerichtsverfahrens entsprochen. Auch Abfragen aus dem Firmen- und Grundbuch können nun einfach und direkt online durchgeführt werden. Verknüpfungen und Schnittstellen zu anderen E-Government-Portalen, wie beispielsweise dem Unternehmensservice-Portal sowie [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at), ermöglichen es, Vertretungs- und Berechtigungsinformationen nur mehr an einer einzigen Stelle einzupflegen.

Nähere Informationen:

[justizonline.gv.at](https://www.justizonline.gv.at)

Firmenbuch-Dokumente automatisiert weiterverarbeiten

Der elektronische Rechtsverkehr (ERV) stellt bereits seit den frühen 1990er-Jahren die maßgebliche elektronische Kommunikationsschiene zwischen Gerichten und berufsmäßigen Parteienvertreterinnen und Parteienvertretern dar. Während die Nutzung des ERV im Bereich des Firmenbuchs bereits seit vielen Jahren etabliert ist, wurden dabei – abseits der strukturierten Jahresabschlüsse – bislang ausschließlich PDF-Dokumente an die Gerichte übermittelt. Durch die Strukturierung der verschiedenen Anträge an das Firmenbuch wird künftig auch hier die automatisierte Weiterverarbeitung durch das Gericht sichergestellt. Das spart Zeit und reduziert Fehler in der Antragstellung.

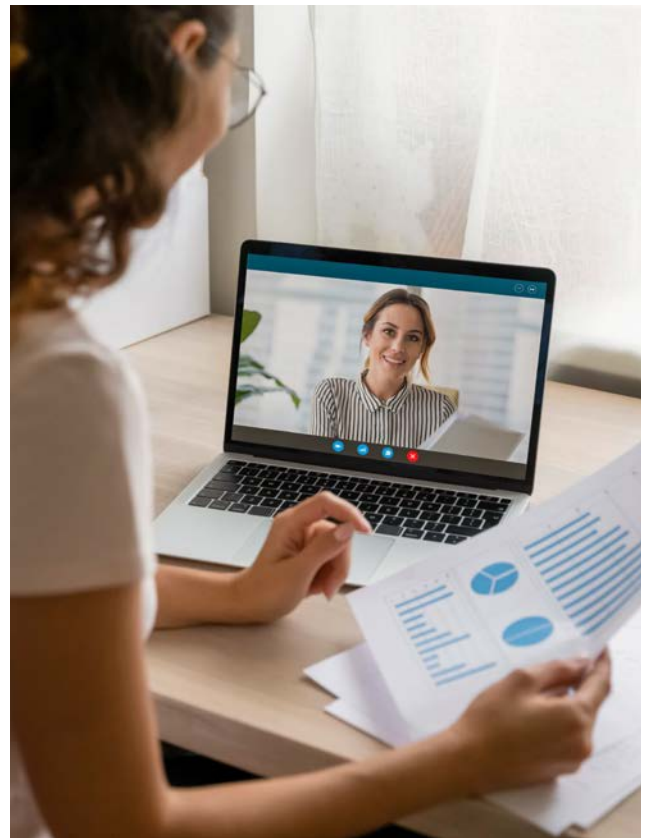
Nach den technischen Vorbereitungen im Jahr 2020 startete im Februar 2021 der Pilotbetrieb für die Übermittlung von strukturierten Anträgen für inländische GmbH-Änderungen, der Mitte 2021 auch auf GmbH-Gründungen und GmbH-Löschungen ausgeweitet wird. Unmittelbar danach werden auch die weiteren Anträge (Rechtsformen) an das Firmenbuch entsprechend umgesetzt, damit Unternehmensgründungen auch tatsächlich vollständig digital und unkompliziert erfolgen können.



Bundesministerium
für Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

Digitales Vorbild Bund

Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport (BMKÖS) forciert die Nutzung und Gestaltung der digitalen Transformation und die damit verbundenen Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelten in der Bundesverwaltung. Diese Vorbildrolle wird in vielen Bereichen umgesetzt.



Digitalisierung unterstützt Wirkungsorientierung

Neue und komplexe Herausforderungen erhöhen den Bedarf an daten- und evidenzbasierten Entscheidungen. Die „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ leistet als zentrales Steuerungsinstrument dafür einen maßgeblichen Beitrag. Die Etablierung digitaler Lösungen hat das Festlegen gemeinsamer Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen – quer über alle Politikfelder hinweg – wesentlich unterstützt. Neben dem Einsatz digitaler Lösungen im operativen Bereich werden diese auch für die strategische Weiterentwicklung genutzt. Schwerpunkte sind u. a. agentenbasierte Modellierung und Simulation als Basis evidenzbasierter Politikgestaltung, userzentrierte Oberflächen in digitalen Prozessen sowie Dashboards und ihre Nutzung im Top-Managementbereich. Folgewirkungen des Technologieeinsatzes werden kontinuierlich analysiert (Projekt „Digitale Verwaltung und Ethik“).

Digitalisierung für die Personalentwicklung

Die Digitalisierung hat neben der Verwaltungssteuerung auch wesentliche Bedeutung für Personalaufnahme und Personalentwicklung der Verwaltung.

Computerbasierte Eignungstests sind etwa im Bundesdienst ein wichtiges Instrument der Personalauswahl. Bewerberinnen und Bewerber können die Eignungstests unter Nutzung digitaler Angebote auch von zu Hause aus als Online-Assessment absolvieren. Die Jobbörse der Republik Österreich bietet als zentrale Plattform die Möglichkeit, sich online zu bewerben. An einem IT-unterstützten Onboarding wird gearbeitet.

Rund

220

Kurse wurden in Online-Trainings
umgewandelt.

Mit Beginn der COVID-19-Maßnahmen im März 2020 wurde ein großer Teil des Bildungsangebots der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) in Online-Trainings umgewandelt. Rund 220 Online-Kurse aus den unterschiedlichsten Fachbereichen werden angeboten – von Inhalten der Grundausbildung über diverse Führungskräfte-Trainings, Verwaltungsinnovation, Controlling bis hin zu Sprach-Trainings. Seit November 2020 ist zudem das neue E-Learning-Tool zur Korruptionsprävention im öffentlichen Dienst „Die VerANTWORTung liegt bei mir – EINE FRAGE DER ETHIK“ online.

Digital neu arbeiten

Mobile Arbeitsformen werden ein Kernelement der digitalen Verwaltungszukunft sein. Im Rahmen des Reallabor-Projektes „Future of Work – Hybrides Arbeiten in der österreichischen Bundesverwaltung“ untersucht das „GovLabAustria“, Österreichs erstes Innovationslabor für den öffentlichen Sektor, gemeinsam mit Verwaltungsbediensteten sowie Partnern aus Wissenschaft und Technik, wie hybrides Arbeiten unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse im öffentlichen Dienst gestaltet werden kann und welche Anforderungen an Führung, Organisation und Technologie damit verbunden sind. Schulungsprogramme werden die Bediensteten in die digitale Zukunft begleiten.

Digitale Partizipation

In Zusammenarbeit mit Fachleuten aus den Bereichen Digitalisierung und Öffentlichkeitsbeteiligung wird (bis Frühjahr 2022) ein neuer „Praxisleitfaden Partizipation im digitalen Zeitalter“ sowie (bis Frühjahr 2023) ein Online-Serviceangebot entwickelt, das Bund, Länder und Gemeinden bei der Konzeption, Umsetzung und Evaluierung von Beteiligungsprojekten unterstützt.

Digitale Impulse in Kunst und Kultur

Digitale Technologien eröffnen innovative Möglichkeiten für das kreative Schaffen von Künstlerinnen und Künstlern – vom Produktionsprozess bis hin zur Darstellungsform. Für Kunst- und Kulturinstitutionen bieten diese digitalen Technologien Potenziale zur Archivierung, Präsentation und Vermittlung. Chancen der Digitalisierung liegen dabei insbesondere auch in der Bewahrung und Nutzung des kulturellen Erbes. Das BMKÖS stellte 2020 1,1 Mio. Euro an Fördermitteln für Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler für innovative digitale Projekte aller Kunstsparten zur Verfügung. 2021 werden gemeinsam mit allen neun Bundesländern unter dem Titel „Call 2021 – Kunst und Kultur im digitalen Raum“ Förderungen für Projekte im Ausmaß von insgesamt 2,5 Mio. Euro vergeben. Zudem werden im Rahmen des Programms Pixel, Bytes & Film innovative Filmprojekte mit digitalem Fokus gefördert und begleitet.



CDO Mag. Felix Hauer

Digitale Transformation – Zukunft gestalten

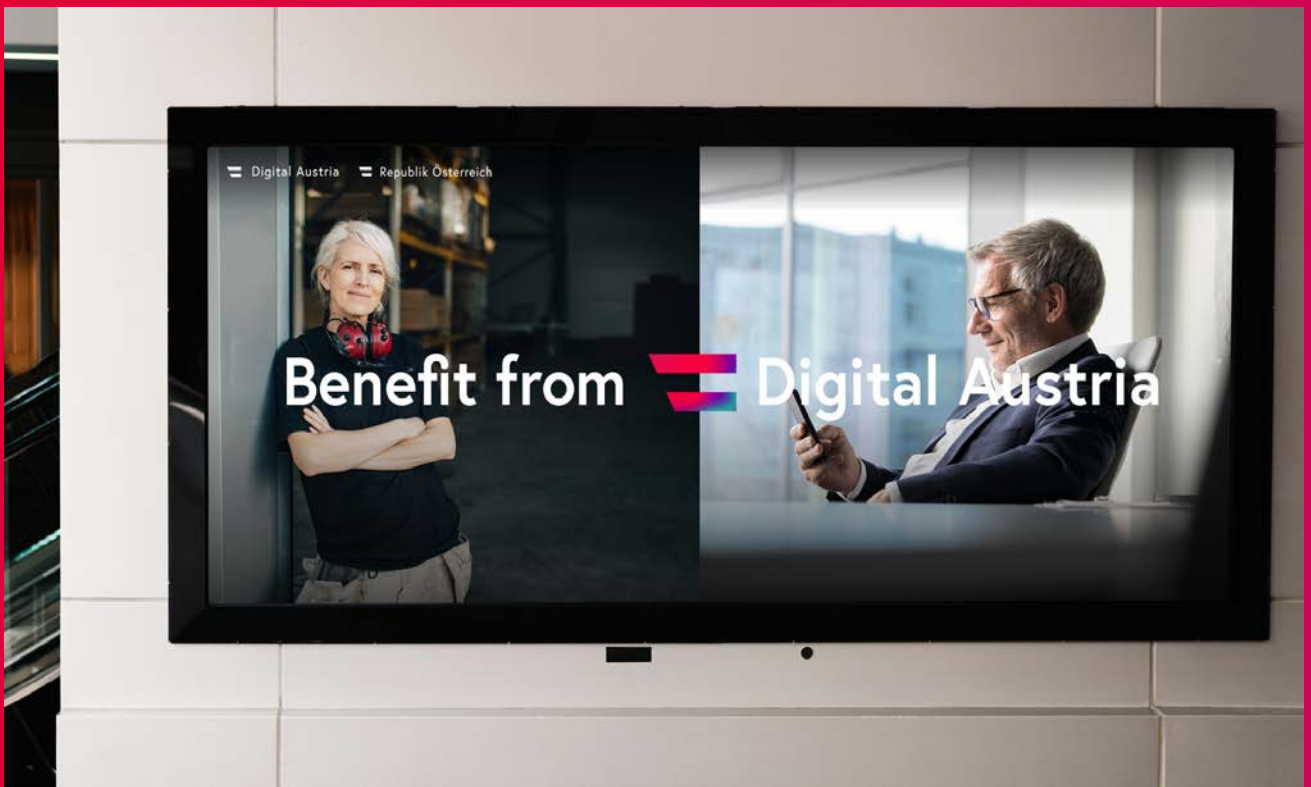
Um die digitale Transformation erfolgreich nutzen zu können, muss sich der Bundesdienst an die durch den Einsatz von Technologie veränderten Rahmenbedingungen sowie an die sich wandelnden Erwartungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, der Politik, aber auch der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anpassen.

Die Möglichkeiten digitalisierter öffentlicher Verwaltung sind vielfältig, und im Zusammenspiel mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln. Dabei wird ein zielorientierter und zugleich pragmatischer Ansatz innerhalb der Verwaltung verfolgt, der sich von der Digitalisierung der Routineprozesse bis hin zur Transformation ganzer Handlungsfelder durch den Einsatz neuer Technologien und Prozesse erstreckt.

Österreich als digitale Marke



Die Plattform Digital Austria zeigt, wie digitale Transformation in Österreich umgesetzt wird – und was den Digitalstandort Österreich ausmacht. Gerade im Kontext der Digitalisierung kommt digitalen Markenstrategien von Staaten große Bedeutung zu. Eines der internationalen Digitalisierungsvorzeigeländer in Europa ist Estland. Auf der E-Estonia-Plattform e-estonia.com verrät Estland etwa, wie man eine digitale Gesellschaft aufbaut und welche Services dafür nötig sind. Als „digitalstes Land Europas“ bewirbt sich hingegen Dänemark selbst, das auf der Plattform digitaldenmark.dk seine digitale Erfolgsgeschichte nachzeichnet und angebotene Lösungen und Services beschreibt.



Marke und Plattform „Digital Austria“

Auch Österreich macht seine digitalen Qualitäten sichtbar. Die Bundesregierung etablierte dafür per Ministerratsvortrag „Digital Austria“ als „die Initiative und gleichsam Dachmarke der Bundesregierung für erfolgreiche Digitalisierung in Österreich“. Eingerichtet wurde dafür die Plattform *digitalaustria.gv.at*. Ihr Auftrag, so die Bundesregierung:

„*digitalaustria.gv.at* präsentiert Akteure aus Österreich und Best Practices aus der Welt. Die Website ist zugleich Wissensdatenbank und informiert über Aktivitäten der Bundesregierung zum Digitalisierungsschwerpunkt.“

Digitale Services und Schwerpunkte

Mit dieser Plattform dokumentiert das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) seither, wie sich der Digitalstandort Österreich aktuell entwickelt und was seine besonderen Qualitäten sind. Das Angebot von *digitalaustria.gv.at* umfasst unterschiedliche Infobereiche. Neben dem Digitalen Aktionsplan, Österreichs großer, agiler Digital-Strategie, präsentiert die Plattform auch zahlreiche Umsetzungsprojekte und digitale Services, die dem Standort eine Spitzenposition in europäischen E-Government-Rankings gebracht haben (s. Seite 18 und 19).

Die Plattform informiert auch über aktuelle Schwerpunkte des digitalen Österreich, wie das Portal Digitale Schule für erfolgreichen digitalen Unterricht (s. Seite 27), die Ö-Cloud-Initiative für sicheres Datenmanagement (s. Seite 44) oder das Digital Team Österreich, das Betrieben bei der Umstellung auf Home-Office hilft.

Strategie, Bewusstseinsbildung, Digital-Community

Wichtig: Digital Austria lädt als Community-Plattform auch Institutionen und Unternehmen zur Vorstellung eigener digitaler Erfolgsgeschichten ein. Die Bandbreite reicht vom E-Learning in der Friseurausbildung bis zu künstlicher Intelligenz in der Industrie. Immer mehr „digitale Botschafter“ Österreichs nutzen die Möglichkeiten, ihre aktuellen Digital-Projekte zu präsentieren. Sie zeigen damit, wie digitale Transformation in Österreich im Alltag von Unternehmen und Bürgern angekommen ist. Die Digital-Austria-Plattform vermittelt zudem Wissenswertes über digitale Tools und Entwicklungen im Rahmen von Erklärvideos („Digi-Wiki“). Aktuelle Studien zeigen zudem, welche Rolle digitale Transformation für den Standort spielt.

Digital Austria steht für den Brückenschlag zwischen Verwaltung Wirtschaft und Gesellschaft und soll zur Visitenkarte für den Digitalstandort Österreich weiter entwickelt werden.

digitalaustria.gv.at

Bundesministerium

für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie



CIO, interimistischer CDO
AL DI Dr. Franz Haider

Digitalen Wandel gestalten

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) ist in Österreich für viele wichtige Zukunftsthemen verantwortlich. Neben den großen Herausforderungen Klimaschutz, Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft werden auch wichtige Infrastrukturen wie Energieversorgung und Verkehr verantwortet. Und auch für die angewandte Forschung und Technologieentwicklung ist das BMK zuständig.

Bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen spielt der Einsatz digitaler Technologien eine entscheidende Rolle. In praktisch jedem Politikfeld des BMK werden spannende Projekte zur Gestaltung des digitalen Wandels umgesetzt. Innovationskraft und Digitalisierung sind entscheidende Treiber für eine nachhaltige Zukunft.

Innovative Wege in die Zukunft

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) ist in Österreich für viele wichtige Zukunftsthemen verantwortlich. In all diesen Bereichen setzt das BMK wegweisende Projekte zur Gestaltung des digitalen Wandels um.

Mit EDM die Umwelt besser schützen

Das Elektronische Datenmanagement EDM wird als Verbundsystem von Internetanwendungen und Datenbanken für komplexe umweltschutzbezogene Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten laufend weiterentwickelt. Mit der Weiterentwicklung des Bescheidregisters der EDM-Plattform wird ein vereinfachter Zugang für Nutzerinnen und Nutzer geschaffen und die automatische Veröffentlichung der veröffentlichungspflichtigen Bescheide bzw. Projektkurzbeschreibungen ermöglicht. Der Ausbau des elektronischen Genehmigungsverfahrens im EDM bringt eine Effizienzsteigerung durch die medienbruchfreie elektronische Genehmigungsabwicklung. Der EDM-Benutzerbereich dient zur gesicherten und nachvollziehbaren Kommunikation und ist durch erweiterte Schnittstellen an das duale Zustellservice des BRZ angebunden.

Digitale Abfalltransportbegleitung

Begleitend zu gefährlichen Abfällen sind gemäß Abfallwirtschaftsgesetz Begleitscheine als Nachweise für die ordnungsgemäße Entsorgung dieser Abfälle mitzuführen. Dies wird künftig auch für



schwer abbaubare organische Abfälle gelten. Im Rahmen eines Pilotprojektes wird die Umstellung dieses bisher papierbezogenen Prozesses auf ein vollelektronisches Verfahren vorbereitet.

Ein vollelektronisches Begleitscheinverfahren (VEBSV) sieht u. a. vor, dass elektronisch authentifizierte Informationen bereits ab Transportbeginn im EDM-System (EDM = Elektronisches Datenmanagement für umweltschutzbezogene Daten; s. o.) für die Behörden und Kontrollorgane abrufbar gehalten werden. Zudem wird im Rahmen des VEBSV ein Messaging-System zur Verfügung gestellt, damit die teilnehmenden Unternehmen ihre Kommunikation zur Abwicklung von Abfalltransporten digital durchführen können.

Elektronische Bescheide bei Emissionszertifikaten

Das BMK ist gemäß Emissionszertifikatengesetz für die Verwaltung der Zuteilung von Gratiszertifikaten an Anlagen- und Flugverkehrsbetreiber im Rahmen des EU-Emissionshandels zuständig. Die diesbezüglichen Bescheide werden im Einklang mit dem E-Government-Gesetz auf elektronischem Wege zugestellt. Die ersten Zustellungen wurden bereits im Herbst/Winter 2020 vorgenommen. Die rund 170 EZG-Bescheide des Jahres 2021 werden bereits alle elektronisch zugestellt.

Digitalisierung in der Obersten Zivilluftfahrtbehörde

In der Gruppe Luftfahrt des BMK werden derzeit mehrere Digitalisierungsprojekte umgesetzt. So hat das BMK in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenzentrum und einem externen Partner eine webbasierte Softwarelösung für die Aufsichtstätigkeit im Luftfahrtbereich entwickelt. Durch das Luftfahrt-Audit-Tool LAT werden erstmals ressourcenschonende Remote-Inspektionen und eine effiziente Datenverwaltung im Bereich der Safetyaufsicht möglich. Auch zur digitalen Unterstützung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen im Bereich der Luftfahrt entwickelt das BMK eine webbasierte Softwarelösung. Damit können Behörden und betroffene Unternehmen alle erforderlichen Schritte effizient und transparent abwickeln.

Digitalisierung für Innovation

Im Innovationsbereich realisiert das BMK zahlreiche Digitalisierungsprojekte. So wird ein FTI-Programm zur besseren Nutzung von künstlicher Intelligenz für den Klimaschutz entwickelt. Das Projekt „Marke Muster Digital“ im österreichischen Patentamt ermöglicht es, nationale und internationale Marken und Muster mit einem durchgängigen digitalen Workflow effizient zu verwalten. Alle Papierakte mit aufrechten Schutzrechten werden zudem nachdigitalisiert.



Digitalisierung macht sicher

Das Österreichische Bundesheer nützt Digitalisierung gezielt zur Stärkung seiner Fähigkeiten. Ein Beispiel dafür ist die Sprachausbildung mit Fokus auf die streitkräfte- und sicherheitsrelevante Fachsprache. Auch Karrieren beim Heer und zeitgemäße Verpflegung werden digital unterstützt.

Digitalisierte Sprachausbildung

Die umfangreichen internationalen Aufgaben des Bundesheeres erfordern vielfältige und zugleich hochwertige Sprachkompetenz. Die dafür nötige Expertise wird durch das Sprachinstitut des Bundesheeres an der Landesverteidigungsakademie bereitgestellt.

Mit dem gezielten Einsatz digitaler Instrumente sorgt das BMLV für Effizienzsteigerung und Ressourcenoptimierung. Ziel des Ressorts ist die Errichtung eines in Österreich und in der EU anerkannten

Exzellenzzentrums für digitalisiertes Sprachwesen am Sprachinstitut des Bundesheeres – mit Fokus auf dem Alleinstellungsmerkmal der streitkräfte- und sicherheitsrelevanten Fachsprache. Arbeitsprozesse, Verfahren und Methoden sowie die Infrastruktur werden dafür digitalisiert und vernetzt.

Dank digitalisiertem Sprachmanagement konnten aufgrund des verminderten Bedarfs an Personal, des Rückganges von Dienstreisen und der wesentlich geringeren Kosten für Lehrmittel bereits deutliche

Einsparungen erzielt werden. Das Globale Online Sprachservice (GOS) des Bundesheeres soll mit Ende 2023 den Regelbetrieb aufnehmen. Damit werden Sprachdienstleistungen rund um Sprachausbildung und Einsatzvorbereitung, Spracherhalt und -erweiterung, Sprachassessment und Sprachunterstützung weltweit und zeitunabhängig zur Verfügung stehen.

Online-Plattform für Zukunft beim Heer

Allen Wehrpflichtigen sowie für eine Lehre im BMLV in Frage kommenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern steht mit „Unser Heer“ eine zentrale Informationsplattform zur Verfügung, die digitale Information und Kommunikation sowie digitale Behördenverfahren umfasst.

Die Bandbreite reicht von Stellung und Teiltauglichkeit über Zusatzausbildungen und finanzielle Anreize für die Freiwilligenmeldung bis zur neuen Milizkaderausbildung. E-Government-Funktionalitäten (z. B. Handysignatur, die im Rahmen der Stellung durch das BMLV aktiviert werden kann) sind bereits implementiert und werden laufend erweitert.

karriere.bundesheer.at

Sicher verpflegt

Ziel der Verpflegsteilnehmerabrechnung (VTA) beim Heer ist die Erfassung aller Verpflegsteilnehmer mittels einer beim Zugang zum Speisesaal platzierten Dreh Sperre. Die Identifikation der Verpflegsteilnehmer erfolgt mittels der im Bundesheer vorhandenen Zutrittsmedien des IT-Services „Zutrittsmanagementsystem“ (ZMS). Dabei wird man mittels personalisierter RFID-Karte (radio-frequency identification) automatisch und berührungslos identifiziert – und der Zugang entsprechend der Berechtigung freigegeben sowie in der VTA gebucht. Die jeweils konsumierten Portionen werden im Folgemonat mittels SEPA-Lastschriftverfahren abgebucht. Der Einsatz von Essensmarken entfällt.

Außerdem ist eine österreichweite Verpflegungsteilnahme ohne zusätzlichen Aufwand möglich. Für die Mitarbeitenden im Verwaltungsbereich vereinfachen sich Verwaltungstätigkeiten, wie z. B. die manuelle Erfassung der Verpflegungsteilnehmenden oder die Verwaltung der Verpflegungsmarken. Mehr Transparenz erleichtert die bessere Steuerung von Einkauf, Produktion oder Kochen. Das sichert einen effizienteren Einsatz der Lebensmittel und reduziert Speiseabfälle.



CDO GenLt Mag.
Norbert Gehart

Verstärkt digital interagieren

Aufgrund der COVID-19-Krise und der damit verbundenen Kontaktbeschränkungen haben viele Menschen erstmals die aktuellen Möglichkeiten der Digitalisierung kennengelernt. Insbesondere der „Online-Schulbetrieb“ und die digitale Kommunikation mit den Behörden wurden vermehrt in der einen oder anderen Form in vielen Haushalten genutzt. Die Projekte des BMLV sind neben der grundsätzlichen Digitalisierung der Streitkräfte in diesen Bereichen angesiedelt. Die Digitalisierungsmaßnahmen im Sprachwesen und die Bereitstellung der Informationsplattform dienen der verstärkten digitalen Interaktion. Insbesondere die Möglichkeit einer Aktivierung der Handysignatur im Rahmen der Stellung sollte als Multiplikator für die Digitalisierung in der Republik wirken.

Bundesministerium
für Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus



CDO SC DDr.
Reinhard Mang

Die Chancen der digitalen Welt

Die Digitalisierung verändert unser Leben und macht es möglich, auf rasante Veränderungen richtig zu reagieren. Gerade das vergangene Jahr hat dies deutlich gezeigt. Der Einsatz digitaler Technologien wird auch in den Zuständigkeitsbereichen des BMLRT immer wichtiger: Eine bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung gehört genauso dazu wie eine moderne und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, der flexible Schutz vor Naturgefahren sowie die Vernetzung von Konsumenten, Gästen und Betrieben. Der Breitbandausbau trägt wesentlich dazu bei, die Chancen der digitalen Welt allen zugänglich zu machen und gleiche Lebensbedingungen in den Regionen des Landes zu ermöglichen.

Digitale Infrastrukturen und Services für starke Regionen

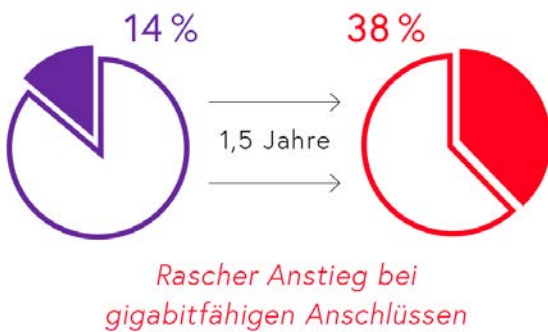
Die Digitalisierung ist ein wichtiges Instrument für wirtschaftliche Stärke und sichere Lebensqualität in allen Regionen Österreichs. Das BMLRT sorgt u. a. mit dem Breitband-Ausbau, digitalen Innovationen für die Landwirtschaft oder Services für Betriebe dafür, dass die digitale Transformation für das ganze Land ein Gewinn wird.

Beste Verbindungen für Wachstum und Zukunft

Eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur ist eines der wichtigsten Fundamente für erfolgreiche Digitalisierung. Ziel der Bundesregierung ist daher die flächendeckende Versorgung mit festen und mobilen Gigabit-Anschlüssen bis 2030. Die „Initiative Breitband Austria 2030“ trägt mit gezielten Förderinstrumenten auch zur digitalen Chancengleichheit zwischen Stadt und Land bei. Basierend auf der Breitbandstrategie 2030 hat das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) entsprechende Förderinstrumente entwickelt. Damit soll die flächendeckende Verfügbarkeit von gigabitfähigen Zugangsnetzen sowie die Errichtung neuer, sogenannter symmetrischer Gigabit-Anbindungen insbesondere für öffentliche Einrichtungen und Unternehmen forciert werden. Die ersten Ausschreibungen dafür starten mit Herbst 2021. Die Initiative richtet sich an Länder, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, Telekombetreiber und an KMU. Von den getätigten Investitionen profitieren alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Fortschritte und Erfolge der „Initiative Breitband Austria 2030“ lassen sich an der Zahl der österreichischen Haushalte mit gigabitfähigen Festnetzanschlüssen sowie mit 5G messen. Im „Digital Economy and Society Index“ (DESI) zählt die Initiative auf den Bereich „Connectivity“ ein. Der Versorgungsgrad mit gigabitfähigen Anschlüssen ist in Österreich in den letzten 1,5 Jahren von 14 Prozent auf 38 Prozent gestiegen (Stand: Jänner 2021).

breitbandatlas.gv.at



Mehr Service und Sicherheit

Im Bergbau spielen Melde- und Berichtspflichten für Betriebe und Verwaltung eine große Rolle. Die rasche Verfügbarkeit richtiger Informationen ist auch im Krisenfall unverzichtbar. Auf beide Herausforderungen liefert die „Digitalisierungsstrategie im Verwaltungsbereich Bergbau“ des BMLRT konkrete Antworten.

Das Ressort fördert damit die digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung bei der Erfüllung von Melde- und Berichtspflichten. Das soll beim Vollzug des Mineralrohstoffgesetzes Aufwand und Kosten für Unternehmen senken und die Effizienz der Verwaltung erhöhen. Bergbaurelevante Informationen für Unternehmen werden in digitaler Form so aufbereitet, dass die Betriebe die Daten weiterverarbeiten können. Auch die bergbauliche Lagebeurteilung im Krisenfall wird durch digitale Hilfsmittel verbessert. Die entsprechenden Informationen sollen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, wenn dies rechtlich möglich ist.

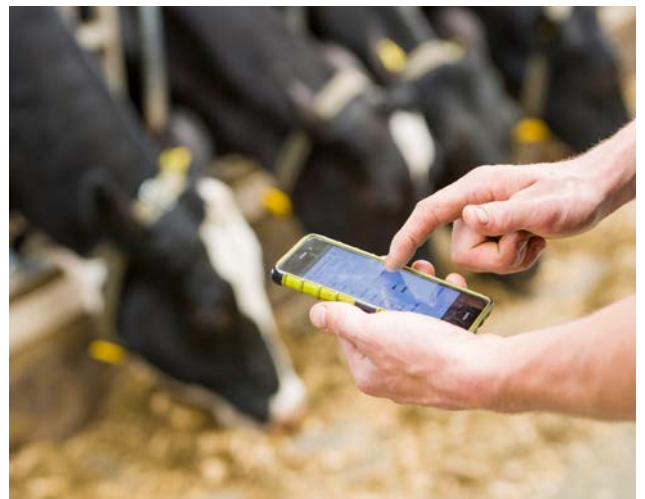
Bei der Umsetzung der „Digitalisierungsstrategie im Verwaltungsbereich Bergbau“ werden aktuell Lösungskonzepte für die technische Vernetzung mit anderen Systemen im Bundesbereich erarbeitet (z. B. Elektronisches Datenmanagement – Umwelt).

Digitalisierung für Land und Wirtschaft

Die Digitalisierung eröffnet auch für die Landwirtschaft neue Wege in die Zukunft. Moderne Technologien fördern eine ressourcenschonende Produktion, den optimalen Betriebsmitteleinsatz und mehr Tierwohl – und reduzieren gleichzeitig die Arbeitsbelastung. Damit die österreichische Landwirtschaft von diesen Effekten profitiert, sorgt das Projekt „Innovationfarm“ dafür, dass neueste Entwicklungen möglichst rasch in der Praxis umgesetzt werden. An Standorten in Wieselburg, Raumberg-Gumpenstein und Mold sowie in weiteren 20 Pilot- und Demonstrationsbetrieben werden digitale Technologien, Trends und Entwicklungen im Ackerbau, Grünland und in der Innenwirtschaft erprobt und umgesetzt. Das Wissen der wichtigsten Akteure im Bereich der neuen Technologien in der Landwirtschaft – Forschungseinrichtungen, Interessenvertretung, Bildungseinrichtungen, Landtechnik- und Stallbauunternehmen – wird dafür praxistauglich gebündelt. So gibt es beispielsweise Projekte für die teilflächen-spezifische Düngung, das Fütterungsmanagement, die Wildtierrettung mit Sensoren, die Tiergesundheit oder die Steuerung von Traktorenfunktionen.

Über die eingebundenen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen wird das generierte Wissen schnell in die Praxis gebracht. Neben landwirtschaftlichen Betrieben adressiert das Projekt „Innovation Farm“ auch Beratungseinrichtungen sowie Landtechnik- und Softwarehersteller. Die „Innovation Farm“ ist Teil des Clusters „Digitalisierung in der Landwirtschaft“, der von Bund, Ländern und der Europäischen Union im Rahmen des ländlichen Entwicklungsprogrammes LE 14–20 unterstützt wird.

innovationfarm.at



Bundesministerium
für Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz



Gesundheitsversorgung digital verbessern

Um das hohe Niveau des österreichischen Gesundheitswesens zu sichern und weiter anzuheben, setzt das Bundesministerium für Gesundheit, Soziales, Pflege und Konsumentenschutz (BMGSPK) verstärkt auf moderne Technologien. Das elektronische Meldesystem und der elektronische Impfpass sind dabei wichtige Leitprojekte.

Der elektronische Impfpass

Der elektronische Impfpass (elmpfpass) ist ein Leuchtturmprojekt der Gesundheitsreform. Er bringt sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für das öffentliche Gesundheitswesen zahlreiche Vorteile.

Die Ablöse des Papierimpfpasses sorgt dafür, dass verloren gegangene oder unleserlich gewordene Formulare der Vergangenheit angehören. Ergänzungen zur elektronischen Dokumentation sollen in Zukunft nur in jenen Fällen notwendig sein, bei denen im Zuge der Einreise in bestimmte Länder ausschließlich der Papierimpfpass (WHO-Formular) anerkannt wird. Impfempfehlungen laut Impfplan Österreich oder automatische Erinnerungen an notwendige Auffrischungen helfen mit, aktiver als bisher an der Prävention mitzuwirken.

Zentrales Impfregister

Kernstück des elmpfpasses ist das zentrale Impfregister. Damit wird eine Datenbasis aufgebaut, in der wesentliche Informationen über Impfungen in standardisierter Form zusammengeführt werden. Nur anhand dieser vollständigen und rasch verfügbaren Datenbasis ist es möglich, valide Durchimpfungsraten oder Anhaltspunkte über potenzielle Impflücken zu gewinnen.

Persönliche Impfdaten einsehen

Geplant war zunächst, mit einem regional und personell eingeschränkten Pilotprojekt die technische Umsetzung zu erproben. Pandemiebedingt und in Vorbereitung für die Impfungen in diesem Zusammen-

hang wurde das Pilotprojekt für den raschen bundesweiten Einsatz erweitert. Parallel dazu wurde die Rechtsgrundlage für den Impfpass geschaffen, sodass bereits im Rahmen eines Probebetriebs im Herbst 2020 mit der Erfassung erster Impfungen gestartet werden konnte. Gleichzeitig wurde mit der bundesweiten Ausrollung des Impfpasses begonnen. Im Frühjahr 2021 waren bereits mehrere Tausend Impfstellen über unterschiedliche technische Lösungen digital an das zentrale Impfregister angebunden. Die Fortschritte im Impfgeschehen können auf dem Dashboard des Gesundheitsministeriums tagesaktuell mitverfolgt werden. Die Bürgerinnen und Bürger können ihre persönlichen Impfdaten jederzeit über das ELGA-Portal einsehen.

Neue Funktionen

Die bislang noch nicht umgesetzten Funktionalitäten des Impfpasses, wie der persönliche Impfkalender oder die Erinnerung an anstehende Impfungen, sollen in naher Zukunft flächendeckend zur Verfügung stehen. Geplant bzw. bereits in Entwicklung ist auch eine mobile Anwendung (App) für Bürgerinnen und Bürger, mit der der elektronische Impfpass via Smartphone zugänglich sein wird.

Ausgehend von einer europäischen Initiative wird zudem der digitale grüne Pass etwa zur Jahresmitte 2021 vorbereitet. Ziel ist, anhand der Daten des zentralen Impfregisters digitale Impfcertifikate auszustellen, die sowohl für Reisen als auch als Eintrittsnachweise in bestimmte Settings, die Inanspruchnahme körpernaher Dienstleistungen oder für kulturelle Zusammenkünfte von Menschen verwendet werden können. Damit wird der elektronische Impfpass auch einen erfolgreichen Beitrag zur Rückkehr in die Normalität leisten.

Das Epidemiologische Meldesystem EMS

Das EMS stellt die in der Pandemie unverzichtbare Datendrehscheibe für die Behörden dar und bietet mit bezirks- und landesübergreifenden Workflows durchgängige digitale Prozesse von Laboren bis hin zur EU und WHO. Unter Beachtung höchster Datenschutzniveaus steht eine Datenbasis für Prognosen und Dashboards zur Verfügung, die Österreich im europaweiten Spitzenfeld der digitalen Lösungen ansiedelt. Das EMS liefert wesentliche Informationen für den digitalen grünen Pass und Impfpass.



CDO SCⁱⁿ Mag.^ª Dr.^ª
Brigitte Zarfl

Digitalisierung nützt allen

Für die Aufrechterhaltung der hohen sozialen Standards und der im internationalen Vergleich erstklassigen Gesundheitsversorgung nutzen wir gezielt die Potenziale der Digitalisierung. Digitale Transformationsprojekte schaffen in allen Bereichen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) Vorteile für Menschen, Wirtschaft und Verwaltung. Sei es bei der Erhöhung der Transparenz des Pensionssystems, beim Ausbau der barrierefreien Angebote oder qualitätsgesicherter Gesundheitsinformationen – die Digitalisierung schafft Nutzen zum Vorteil aller.

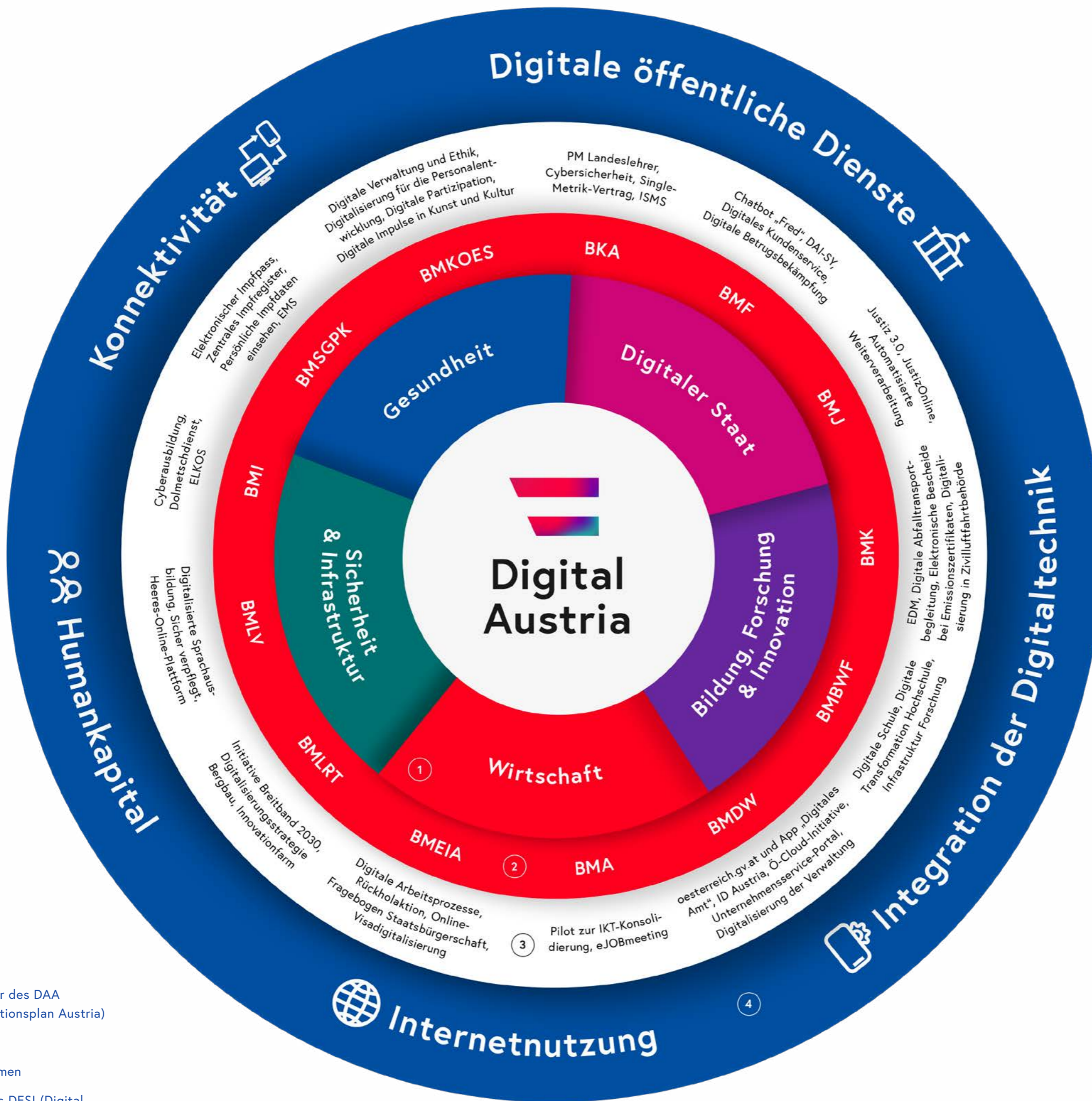
Die Digitalisierung wird das Gesundheits- und Sozialsystem aber nicht „technischer“ machen. Im Gegenteil: Durch richtig eingesetzte Technologien wird den im Sozial-, Gesundheits- und Pflegesektor Tätigen mehr Zeit für die persönliche Betreuung von Menschen bleiben.

Digitalisierung für Österreich

Erfolgreiche Digitalisierung braucht strategische Schwerpunkte, messbare Ziele und konkrete Umsetzungsprojekte. Die nebenstehende Grafik visualisiert das Digital-Austria-„Betriebssystem“ mit den Schwerpunktthemen des Digitalen Aktionsplans: Wirtschaft, digitaler Staat, Bildung, Forschung & Innovation sowie Gesundheit und Forschung & Infrastruktur.

Die Ressorts setzen in diesen Bereichen konkrete, abgestimmte Leitmaßnahmen um. Das stellt sicher, dass sich Österreich in den entscheidenden Zukunftsbereichen digitale öffentliche Dienste, Integration der Digitaltechnik, Internetnutzung, Konnektivität und Humanressourcen stark weiterentwickeln kann.

Dies wird im DESI-Index der EU laufend gemessen. Mit diesem „Betriebssystem“ sorgt die Bundesregierung dafür, dass digitale Services und Weiterentwicklungen sicher bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung ankommen und bestmöglich wirken. Von gemeinsamer digitaler Transformation mit Strategie und Konzept profitiert ganz Österreich.



- 1 Aktionsfelder des DAA (Digitaler Aktionsplan Austria)
- 2 Ressorts
- 3 Leitmaßnahmen
- 4 Bereiche des DESI (Digital Economy and Society Index)

BKA Bundeskanzleramt, **BMA** Bundesministerium für Arbeit, **BMBWF** Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, **BMEIA** Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, **BMDW** Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, **BMI** Bundesministerium für Inneres, **BMF** Bundesministerium für Finanzen, **BMJ** Bundesministerium für Justiz, **BMKOES** Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, **BMK** Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, **BMLV** Bundesministerium für Landesverteidigung, **BMLRT** Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, **BMSGPK** Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

NOW
FOR

PROGRESS

Aktuelle Digitalisierungsprojekte der Ressorts im Überblick

A

ABA-Servicestelle Rot-Weiß-Rot-Card | BMDW

Schaffung eines One-Stop-Shops für Verfahren der Rot-Weiß-Rot-Card

Abstimmung der Akteure | BMLRT

Abstimmung von Maschinen, Anlagen und Komponenten für standardisierten Datenaustausch über geöffnete Schnittstellen

AI for Good | BMK

Entwicklung eines FTI-Programms zur Nutzung von künstlicher Intelligenz zur Erreichung von Klimazielen

Albert AI: Kundenservice-Chatbot ÖPA | BMK

Chatbot-Lösung mit künstlicher Intelligenz für komplexere Anfragen

Anhebung FH-Fördersätze | BMBWF

Erhöhung für Investitionen in Digitalisierung, Internationalisierung und Innovation

Anonymisierung Gerichtsentscheidungen | BMJ

Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen durch künstliche Intelligenz für Online-Veröffentlichung auf Basis gesetzlicher Grundlagen

Audioguide Hofburg Innsbruck | BMDW

Neubeschaffung des digitalen Guides für die Hofburg Innsbruck auf Basis Phone und Tablet

Ausbau Bescheidregister EDM-Plattform | BMK

siehe Seite 58

Ausbau elektronisches Vollzugsmanagement | BMJ

Umsetzung von entsprechenden Klassifizierungsworkflows

Ausbau ERV zur Strukturierung Firmenbuch | BMJ

siehe Seite 53

Ausbau IT-Experteneinsatz Strafverfahren | BMJ

Ausbau des Einsatzes von IT-Fachleuten für IT-Forensik und Analytik

Ausbau von Videodolmetsch-Leistungen | BMI

siehe Seite 50

Ausschreibung Digitale Transformation | BMBWF

siehe Seite 41

Austrian Microdata Center | BMBWF

Datenzugänge für die Wissenschaft zu statistischen Microdaten der Statistik Austria sowie Verwaltungsdaten

Ausweisplattform | BMDW

bringt Ausweise praktisch und sicher auf Smartphones – und ermöglicht deren sichere Kontrolle

B

Barrierefreiheit-BMSGPK | BMSGPK

Barrierefreiheit in der nachhaltigen Beschaffung in Zusammenarbeit mit BBG

BMA-Pilot zur IT-Konsolidierung | BMA

siehe Seite 38

BOSS (BigOneStopShop) | BMF

Umsetzung neuer E-Government-Projekte mit Implementierung eCommerce Package

Breitband Austria 2030: Access | BMLRT

siehe Seite 62

Breitband Austria 2030: Connect | BMLRT

siehe Seite 62

Breitband Austria 2030: GigaApp | BMLRT

Förderung von Anwendungen für die „Gigabit-Gesellschaft“

Breitband Austria 2030: OpenNet | BMLRT

Förderung der Planung und Errichtung von flächendeckenden Open-Access-Netzen

C

CDO Taskforce 2020 | BMDW

Koordination der Digitalisierung durch Chief Digital Officer (CDO) der Ministerien

Chatbot „Fred“ | BMF

siehe Seite 48

D**DAI-SY (Datenanalyse Informationssystem) | BMF**

siehe Seite 49

Digitale Betrugsbekämpfung | BMF

siehe Seite 49

Digitale Frachtbeförderungsinformation | BMK

europaweite Digitalisierung der Frachtbeförderungsinformation in Österreich

Digitale Kompetenzen | BMDW

Voraussetzung für eine kompetente Nutzung digitaler Technologien und breite Teilhabe an der Digitalisierung

Digitale Kompetenzen Lehrpersonal | BMBWF

Erweiterung der digitalen und fachdidaktischen Kompetenzen von Lehrenden

Digitaler Aktionsplan | BMDW

strategische Festlegung von Umsetzungsprojekten und Maßnahmen gemeinsam mit den Fachressorts

Digitales § 57a KFG-Gutachten | BMK

Gutachten durch QR-Code auf ausgedrucktem Begutachtungsformblatt für Zulassungsbesitzer auch digital verfügbar

Digitales Amt – Legistik-Paket I | BMDW

Rechtsrahmen für Entwicklung, Testung und Anwendung von elektronischen Verwaltungsprozessen

Digitales Amt – Reallabore | BMDW

Prozess für einheitliches österreichisches Reallabor-Recht

Digitales Kundenservice | BMF

siehe Seite 49

Digitales Lehren COVID-19 Univ./HS | BMBWF

Arbeitsgruppen-Empfehlungen für digitale Lehre für die Zeit nach COVID-19

Digitalisiertes Sprachwesen | BMLV

siehe Seite 60

Digitalisierung Bergbau | BMLRT

siehe Seite 63

Digitalisierung des Visum-Verfahrens | BMI

Einführung elektronisches Visumantragsverfahren und digitales Visum

Digitalisierung für die Personalentwicklung | BMKOE

siehe Seite 54

Digitalisierung im Rechnungswesen**des Bundes | BMF**

automatische Rechnungserfassung und Einsatz von Robotics-Technologien für Entlastung und Vereinfachung

Digitalisierung Landwirtschaft –**Bildung | BMLRT**

fünfjähriger Schwerpunkt Landwirtschaft und Digitalisierung (Wieselburg)

Digitalisierungsstrategie Kulturerbe | BMBWF

gemeinsame Weiterentwicklung von Leitlinien

Digitalisierungsstrategie Tourismus | BMLRT

Einrichtung eines zentralen Innovationshubs (Next Level Tourism Austria) bei der Österreich Werbung

Digitalisierungsstrategien Unis und HS | BMBWF

Erarbeitung einer institutionellen Digitalisierungsstrategie an jeder Universität

Direktion für Sichere IKT | BMI

Bündelung aller Cyberaufgaben des BMI innerhalb des BMI

E**e-Zustellung Bescheide EZG 2011 | BMK**

siehe Seite 59

eHYD Mobile Endgeräte | BMLRT

aktuell z. B. Pegelraten und Grundwasserstände durch eHYD-WEBApp auch für mobile Endgeräte

Einführung eines ISMS im BKA | BKA

siehe Seite 37

Einheitliche Förderplattform | BMLRT

Einheitliche Förderplattform für nicht flächenbezogene Fördermaßnahmen

eJobMeeting | BMA

siehe Seite 39

Elektronische Kommunikation | BMLRT

Harmonisierung von Inhalten von Anträgen für die wasserrechtliche Bewilligung

Elektronisches Genehmigungsverfahren EDM | BMK

siehe Seite 58

Endgeräte für Schülerinnen und Schüler | BMBWF

siehe Seite 40

ERASMUS without papers | BMBWF

digitalisierte Verwaltungsprozesse bei ERASMUS-Mobilitätsaktivitäten (European Student Card Initiative)

EU-Justice | BMJ

Ausbau der grenzüberschreitenden Kommunikationsdrehscheibe eCodex im Bereich elektronischer Beweismittel (eEvidence)

EURO-QCI | BMK

Entwicklung europ. Sicherheitstechnologien, die Verschlüsselungen für sicherheitskritische Kommunikation bereitstellen sollen

Europäischer Studierendenausweis | BMBWF

Der Studierendenausweis soll in elektronischer Form abgebildet werden, damit letztlich ein Studienbeginn ohne physische Anwesenheit ermöglicht wird.

F**FABIAN (Familienbeihilfe Neu) | BMF**

IT-Verfahren für Gewährung und Auszahlung von Familienbeihilfe, Schulfahrtbeihilfe und Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge

FH-Studienplätze MINT,**Digitalisierung | BMBWF**

1.450 zusätzliche Anfängerstudienplätze in den Bereichen Informatik, Industrie 4.0 und digitale Technologien

Forschungs-Rechenzentrum**(auf VSC) | BMBWF**

Stärkung und Ausbau nationaler e-Infrastrukturen und deren Datenmanagementstrukturen

Forschungsinfrastrukturen | BMBWF

siehe Seite 41

G**Geodateninfrastruktur Wasser | BMLRT**

Aufbau der „Geodateninfrastruktur Wasser“ für BMNT und andere Verwaltungsstellen

GoverControl-BMSGPK | BMSGPK

Informationssicherheitsmanagementsystem mit Informationsobjektverwaltung, Richtlinien- und Dokumentenverwaltung, Compliance und Reporting

Größte Rückholaktion in der Geschichte des**BMEIA im Zuge der COVID-19-Krise | BMEIA**

siehe Seite 43

H**Home-Office & Digitale Arbeitsprozesse | BMEIA**

siehe Seite 42

I**IDA Identity Austria | BMDW, BMI**

siehe Seite 45

IKT-Konsolidierung | BKA, BMDW

Vereinheitlichung bestehender und neuer IKT- und IT-Lösungen des Bundes

IKT-Barrierefreiheit | BMSGPK

Wissensgenerierung und Wissenstransfer durch interministerielle Arbeitsgruppe Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnologien

Initiative Breitband Austria 2020**BBA20 | BMLRT**

Förderung des Breitbandausbaus für benachteiligte Gebiete, wo sich der Ausbau privatwirtschaftlich nicht rechnet

Inklusives Vergabewesen | BMSGPK

Wissenstransfer an der Verwaltungsakademie und im Führungskräfte-seminar des BMSGPK

Innovationfarm Austria | BMLRT

siehe Seite 63

IPUR | BMK

Vereinheitlichung unterschiedlicher Schreibweisen von identen natürlichen und juristischen Personen in den Registern des Patentamtes

J**Justiz 3.0 –****Digitale Verfahrensführung | BMJ**

siehe Seite 52

Justiz Forderungsmanagement | BMJ

Schaffung eines Vorfeldsystems zu HV-SAP zur tagesaktuellen Darstellung von Salden zu Gerichtsgebühren und sonstigen Kosten

JustizOnline | BMJ

siehe Seite 53

K**Kennzahlenorientierung Gerichte****und JAs | BMJ**

Entwicklung steuerungsrelevanter Kennzahlen im Strafvollzug

KI-Marktplatz | BMDW

Plattform für österreichische Anbieter von KI-Anwendungen und Interessierten

KIHORIMO | BMLRT

KI-Anwendung im Hochwasser-Risiko-Monitoring zur Zusammenführung aller relevanten Informationen

L**Luftfahrt-Audit-Tool (LAT) | BMK**

siehe Seite 59

M

Marke Muster Digital (MMD) | BMK

siehe Seite 59

Maßnahme 2/Beratungsförderung | BMLRT

Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Beratungsaktivitäten in allen Bundesländern

Masterplan zur Breitbandförderung | BMLRT

Überarbeitung der Strategie zum Breitbandausbau

N

Neustart Kultur-Pakete | BMKOES

siehe Seite 55

O

Ö-Cloud-Initiative | BMDW

siehe Seite 44

oesterreich.gv.at –**Plattform und APP | BMDW**

siehe Seite 44

Once Only | BMDW

einmalige Bereitstellung und Erfassung von Daten unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen

Online-Plattform „Unser Heer“ | BMLV

siehe Seite 61

Online-Fragebogen zur Staatsbürgerschaft**nach §58c StbG | BMEIA**

siehe Seite 43

Open Science und EOSC Policy | BMBWF

Umsetzung der Open-Data- und Public-Sector-Information-Richtlinie in das Informationsweiterverwendungsgesetz

P

Personalmanagement Landeslehrer | BKA

siehe Seite 36

Polizeiausbildung und -fortbildung | BMI

siehe Seite 50

Portal Digitale Schule | BMBWF

siehe Seite 40

Portal Onlinesicherheit.gv.at | BMDW

zentrales Internetportal für Themen rund um die Sicherheit in der digitalen Welt

Portal ÖPA | BMK

Patentamt-Portal für die Anmeldung von Schutzrechten und für Services

Praxisleitfaden Partizipation | BMKOES

siehe Seite 55

Predictive Analytics und RPA | BMF

Unterstützung der Betrugsbekämpfung

R

Reallabor-Projekte**„Future of Work“ | BMKOES**

siehe Seite 55

Rechtl. Rahmen Verfügbarkeit Infrastr. | BMLRT

rechtliche Rahmenbedingungen für die Verfügbarkeit von Infrastruktur (z. B. Mitbenutzung, Frequenzen)

Reporting-Plattform | BMDW

siehe Seite 45

RIS und E-Recht | BMDW

Weiterentwicklung des österreichischen Rechtsinformationssystems und des elektronischen Rechtserzeugungsprozesses

S

Single Digital Gateway | BMDW

EU-Projekt für digitale öffentliche Dienste und themenspezifische Informationen (z. B. Arbeit) über alle Mitgliedstaaten hinweg

Single-Metrik-Vertrag SAP | BKA

siehe Seite 37

Strategie Breitbandausbau | BMLRT

Überarbeitung der derzeitigen Strategie zum Breitbandausbau

Strategie für Cybersicherheit | BKA

siehe Seite 36

Strategie zur qualifizierten**Zuwanderung | BMI**

digitale Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte

T

Technologiemonitoring | BMDW

Technologieradar und Medienmonitoring für Digitalen Aktionsplan

Teilnahme am EOSC Partnership | BMBWF

Anwendung der FAIR-Prinzipien in konkreten Maßnahmen

Telemedizin und Videodolmetschen | BMJ

Ausbau der technischen Möglichkeiten in Krankenabteilungen der Justizanstalten

Transportbegleitung Abfallbeförderungen | BMK

siehe Seite 58

U**Umsetzung von Plan S an den Unis | BMBWF**

Strategie zur Förderung des freien Zugangs zu wissenschaftlicher Literatur

Unionszollkodex (UZK) | BMF

Anpassung bestehender und Entwicklung neuer IT-Verfahren zur Umsetzung des Kodex

Unternehmensserviceportal | BMDW

siehe Seite 45

Unterstützung Entwicklung von Standards**Verkehrslösung | BMLRT**

Unterstützung von Programmen, die Entwicklung von Standards vorantreiben und beschleunigen

V**Verpflegsteilnehmerabrechnung | BMLV**

siehe Seite 61

Verwahrstellenregister | BMJ

Einführung einer justiz- und polizeiübergreifenden Depositenverwaltung für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit

Verwaltung Luftfahrthindernisse | BMK

webbasierende Softwarelösung für die Erfassung und Verarbeitung von Luftfahrthindernissen

Verwaltung Zuverlässigkeitsüberprüfungen | BMK

webbasierende Softwarelösung für die Verwaltung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Verwaltungsstrafevidenz | BMI

Einführung einer bundesweiten Verwaltungsstrafevidenz u. a. für Verkehrsstrafen

Visadigitalisierung bringt mehr**Benutzerfreundlichkeit | BMEIA**

siehe Seite 43

Visualisierung ÖPA Leistungen | BMK

Entscheidungsgrundlage für weitere F&E-Tätigkeit, Umgang mit Mitbewerb und internationale Patentanmeldungen

W**Weitere Strukturierung Grundbuch | BMJ**

Urkundenhinterlegungen und Strukturierung von Dienstbarkeiten und Superädifikaten

Weiterentwicklung der Eduthek | BMBWF

Ausrichtung der Plattform für digitale Lehr- und Lernmaterialien auf Lehrpläne und inhaltliche Ergänzung

Wirtschaftliches Lagebild:**Umsetzung Datenstrategie | BMDW**

Lagebeobachtung, -darstellung und -bewertung von Wirtschaftsfragen als Entscheidungsgrundlage für Bundesregierung

Z**Zahlungsinformationssystem (ZIS) | BMK**

Modernisierung des Zahlungsinformationssystems

Zusammenarbeit des BMI**mit BMBWF | BMI**

Intensivierung der Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung

IMPRESSUM

Herausgeber und inhaltliche Verantwortlichkeit: Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Stubenring 1, 1010 Wien, Austria, digitalaustria.gv.at • Fotografie: Adobe Stock: S. 15, S. 54, S. 64 | Dirk Beichert, BusinessPhoto S. 47 | BMDW: S. 46 | BMJ: S. 52 | Konstantin Böhm, BMDW: S. 34–35, S. 58 | Die Fotografen: S. 38 | Dunker, BKA: S. 37 | Harald Eisenberger: S. 47 | Getty Images: Cover, S. 24, S. 32, S. 36, S. 39–40, S. 43, S. 49–51, S. 57, S. 59, S. 69 | Paul Gruber, BMLRT: S. 62 | Alexander Haiden, BMLV: S. 60 | Philipp Hartberger: S. 3 | Interfoto: S. 65 | iStock: S. 48 | JKU: S. 47 | Cajetan Perwein: S. 5 | Alexander Müller, WIFO: S. 46 | Nedap Livestock Management: S. 63 | Anna Niederleitner: S. 6 | Martina Siebenhandl: S. 7 | Walter Skokanitsch, Donau-Universität Krems: S. 46 | Stocksy: S. 16 | Alexander Tuma, BMI: S. 51 | Unsplash: S. 53 | Julia Weichselbaum, HBF: S. 61 | Foto Weinwurm: S. 47 | Andy Wenzel, BKA: S. 41, S. 48 | Klaus Vyhnalek: S. 46 | Zora Siebert (Creative Commons License): S. 55 • Änderungen und Druckfehler vorbehalten • Wien, Mai 2021

